„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 4. | Berlin, 24. Januar 1930. | 11. Jahrg.

Der Youngplan oder Neue Plan und die Ostfragen.

Am 20. Januar ist nach zweieinhalbwöchiger Dauer die Schlußtagung der Mächte im Haag zu Ende gegangen und der Youngplan unterschrieben worden. Er hat dabei einen neuen Namen erhalten, und zwar heißt er der „Neue Plan". Da dieser in seinen Einzelheiten in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt und der Text in einem oft vieldeutigen Diplomatendeutsch abgefaßt ist, und da während der Verhandlungen die Dinge sehr durcheinandergegangen sind, so ist es heute noch nicht möglich, ein genaues Bild von der Bedeutung des Planes in allen seinen Einzelheiten zu geben, auch nicht von den Abweichungen, die gegenüber den Beschlüssen der ersten Haager Mächtetagung beschlossen worden sind.

Eine Sensation bedeuteten für die Öffentlichkeit in Deutschland sowohl wie in Frankreich die neuen Bestimmungen über die sogenannten Sanktionen. Die deutsche Vertretung blieb zunächst beharrlich auf dem Standpunkt, daß die Kriegsentschädigungen nunmehr auf Treu und Glauben abgestellt werden und daß daher die Wiederbesetzung deutschen Landes in keinem Falle mehr in Betracht komme, auch dann nicht, wenn Deutschland aus irgendeinem Grunde an der Weiterzahlung der Kriegsentschädigung verhindert sei. Frankreich wies demgegenüber darauf hin, daß in Deutschland in weiten Kreisen nicht die Neigung bestehe, nahezu 60 Jahre lang Kriegsentschädigung zu zahlen, zumal man den Youngplan nicht für ausführbar halte. Was solle denn nun werden, wenn eines Tages eine deutsche Regierung den Youngplan zerreiße? In diesem Falle müsse Frankreich das Recht haben, das Rheinland wieder zu besetzen, ohne daß dies seitens Deutschlands als ein Kriegsfall angesehen werden dürfe. Es hat darüber wochenlang die erregtesten Verhandlungen gegeben. Schließlich hat sich die deutsche Vertretung mit den Franzosen direkt geeinigt, und in der Annahme, daß es sich hier nur um eine theoretische Möglichkeit handle, die niemals praktisch werden würde, der Forderung Frankreichs zugestimmt, daß, wenn der „Neue Plan" seitens Deutschlands „zerrissen" werde — so heißt es im deutschen Text, während im französischen Text dafür „zerstört" gesetzt wurde — die Sache zunächst dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten sei, und daß, wenn dieser erkläre, daß Deutschland schuldhafterweise im Verzuge sei, Frankreich das Recht habe, deutsches Land zur Erzwingung der noch zu zahlenden Kriegsentschädigung wieder in Pfandhaft zu nehmen, also wieder zu besetzen. Der englische Schatzkanzler Snowden hat ursprünglich der Forderung Frankreichs widersprochen und gewollt, daß, wenn diese Forderung doch durchgehe, jedenfalls nicht Frankreich allein das Besetzungsrecht ausüben dürfe, sondern nur in Gemeinschaft mit den früheren Besatzungsmächten, hat aber nach Zeitungsberichten im Ausschuß für die Sanktionen schließlich erklärt, er habe dazu natürlich nichts mehr zu sagen, nachdem Deutschland freiwillig der Bedingung zugestimmt habe, daß Frankreich allein das Recht der Besetzung unter den obenerwähnten Voraussetzungen habe. Dieser Vorfall hat einen Sturm der Entrüstung in der öffentlichen Meinung in Deutschland zur Folge gehabt. Nicht nur die Blätter der Rechtsparteien nehmen gegen diese Abmachung in schärfster Weise Stellung und betonen, daß damit in einem wesentlichen Punkte alle Errungenschaften wieder zunichte gemacht seien, sondern auch der „Vorwärts", der ursprünglich doch die Sanktionsverhandlungen für ziemlich überflüssig und gleichgültig erklärt hatte, nimmt jetzt, wenn auch in der Form vorsichtig, so doch sachlich scharf Stellung gegen den Minister Wirth, der in der Hauptsache für diese Abmachungen verantwortlich gemacht wird. Daß dieses Zugeständnis bedauerlich ist, unterliegt gar keiner Frage. Ob es sich hätte vermeiden lassen, muß noch geklärt werden. Dazu werden ja nicht nur Wirth und die ganze deutsche Vertretung, sondern auch das Kabinett und der Reichstag klärend sich zu äußern haben. Bis zu dieser Klärung wird man zweckmäßigerweise die endgültige Stellungnahme aufschieben.

Was die uns besonders angehenden Verhandlungen mit England und anderen Mächten wegen der Freigabe der Liquidationserlöse anlangt, so scheint eine sehr dehnbare Bestimmung des Abkommens dahin auslegbar zu sein, daß in der Tat die deutsche Regierung Verzicht geleistet hat. Ob sie darüber hinaus England, wie es dies anfänglich wünschte, noch eine besondere Verzichtserklärung gegeben hat, steht noch dahin. England hat jedenfalls insofern egoistisch gehandelt, als es seit Beginn der Pariser Gutachterverhandlungen bis zum 1. September v. J. in großem Umfange deutsches Eigentum noch schnell liquidiert hat, und als es grundsätzlich dabei geblieben ist, die Liquidationsüberschüsse im allgemeinen nicht herausgegeben. Es hat damit den völkerrechtlichen Grundsatz, daß im Kriege das Privateigentum unangreifbar ist, in schwerster Weise verletzt, und es sollte sich dieser Handlung um so mehr schämen, als andere Staaten die Liquidationserlöse ausgezahlt haben und als im eigenen Lande über 100 Unterhausmitglieder und die angesehensten Zeitungen verlangt haben, daß dieser Schandfleck auf der Ehre Englands getilgt werde. England wird für diese Stellungnahme noch einmal sehr zu büßen haben. Die Engländer haben Millionen und Milliarden in Werten und Vermögen in anderen Ländern angelegt. Gerät England einmal mit diesen Ländern in Kriegszustand, so werden die Engländer am eigenen Leibe es zu spüren bekommen, was es heißt, wenn ihnen Fabriken, Geschäfte, Güter, Farmen und Gelder weggenommen werden. Nach langem Feilschen hat ja England seine Weigerung etwas eingeschränkt und es ist zu hoffen, daß daraufhin eine Summe, die vielleicht 20 Millionen Mark betragen kann,



Ein Opfer der polnischen Revolution in Posen: Der stellvertretende Polizeipräsident Hans Blankertz, der am 2. Januar 1919 von den Polen ermordet wurde, mit Frau.

(Text siehe Seite 49.)

an Deutschland abgeführt werden wird. Mit Frankreich ist seitens der deutschen Vertretung ebenfalls ein Liquidationsabkommen geschlossen worden, auf das hin jedoch nur geringe Zahlungen an Deutschland erfolgen werden, voraussichtlich nur etwa 5 bis 10 Millionen Mark, während andererseits die geradezu unglaublichen Liquidationsmethoden Frankreichs durch das Abkommen genau so indirekt gebilligt werden, wie die noch tolleren Liquidationsmethoden Polens durch das deutsch-polnische Finanzabkommen nachträgliche Verzeihung erhalten. Wie weit darüber hinaus Deutschland auf Grund der mit den einzelnen Mächten abgeschlossenen Zwischenverträge noch Zahlungen zu erwarten hat, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen. Die deutschen Liquidationsgeschädigten werden jedenfalls ihren Anspruch auf Auszahlung der Liquidationserlöse unbekümmert um den „Neuen Plan" auch fernerhin mit allem Nachdruck geltend machen.

Einstweilen aber müssen wir leider damit rechnen, daß noch nicht der zehnte Teil von dem an Deutschland gezahlt wird, was die Geschädigten-Verbände mindestens erhofften und worauf die Arbeitsgemeinschaft derselben ihr bekanntes Sofort-Programm aufgebaut hat.

Polen und Frankreich hatten den lebhaften Wunsch, daß alle Soderabmachungen der Mächte als zusammengehörig mit dem „Neuen Plan" angesehen und gleichzeitig mit diesem in Kraft gesetzt würden. Deutschland und andere Mächte haben sich dem widersetzt und sind damit durchgedrungen, so daß also beispielsweise das deutsch-polnische Finanzabkommen, obwohl es bekanntlich vom Führer der polnischen Vertretung dem Vorsitzenden der Mächtetagung im Haag ohne Wissen und Willen der deutschen Vertretung überreicht worden ist, nicht ohne weiteres als zum Youngplan gehörig betrachtet wird, sondern als ein Abkommen für sich gilt, das der Reichstag auch für sich beraten kann. Wie die Dinge liegen, handelt es sich dabei jedoch im wesentlichen nur um eine Formfrage, denn nachdem einmal das Abkommen zur Kenntnis aller Mächte gebracht worden ist, ist der Reichstag kaum in der Lage, noch etwas Wesentliches am Text des Abkommens zu ändern, wenn er nicht einen Sturz der Regierung herbeiführen will. Ist die Mehrheit des Reichstages aber dafür, daß der „Neue Plan" angenommen wird, und das muß man annehmen, so wird er die Regierung nicht stürzen wegen des deutsch-polnischen Abkommens, zumal bei den Deutschen in Polen naturgemäß der lebhafte Wunsch besteht, daß das Abkommen angenommen wird, wenngleich selbstverständlich auch sie ebenso wie wir und die weitesten Kreise der Deutschen diesseits der Grenze den lebhaften Wunsch haben, daß die Unzulänglichkeiten, die das Abkommen gerade auch bezüglich des Schutzes der deutschen Minderheit zeigt, noch beseitigt werden.

Das zu erreichen, hat sich die deutsche Vertretung auf der letzten Völkerbundstagung in Genf bemüht. Der Außenminister Dr. Curtius wollte selbst diese Verhandlungen mit Zaleski in Genf füoren, mußte aber darauf verzichten, weil die Verhandlungen im Haag länger dauerten als erwartet wurde und er dabei bis zum letzten Augenblick unentbehrlich war. Sein Vertreter, Staatssekretär von Schubert, hat mit Zaleski persönlich nur ein- oder zweimal verhandelt. Dafür hat aber der deutsche Gesandte in Warschau, Herr Rauscher, fast täglich mit dem polnischen Gesandten in Berlin, Herrn Knoll, verhandelt. An dem Wortlaut des Abkommens glaubte man nun nicht mehr rühren zu können, man hat aber im Wege der Auslegung angeblich die schlimmsten Fehler und Lücken des Abkommens praktisch zu beseitigen gesucht. Inwieweit dies tatsächlich gelungen ist, müssen wir dahingestellt sein lassen, da bis jetzt immer noch weder das Finanzabkommen selbst noch die Genfer Noten zur Auslegung desselben bekannt sind.

Die Mächte haben sich dahin geeinigt, daß spätestens bis zum 25. Februar der „Neue Plan" ratifiziert, also vorher auch von den Parlamenten genehmigt sein soll. Die Anordnungen für die völlige Befreiung unserer besetzten Westgebiete sollen schon getroffen werden, sobald Deutschland und Frankreich den „Neuen Plan" ratifiziert haben, auch wenn das bis dahin seitens der übrigen Mächte noch nicht geschehen sein sollte. Die Errungenschaft, daß bis spätestens zum 30. Juni d. J. alle Besatzungstruppen aus Deutschland herausgezogen sein müssen, ist das einzig Erfreuliche am Youngplan. Daß wir diesen selbst für ein ungeheures Unrecht und nicht für tragbar halten, haben wir mit aller Entschiedenheit oft genug betont, zuletzt mit ganz besonderer Deutlichkeit in Nr. 52 des „Ostlands" vom 27. Dezember 1929.

In der Zeit bis zum 25. künftigen Monats müssen also alle Gesetze, die zur Durchführung des „Neuen Planes" und aller Nebenabkommen notwendig sind, durchgeführt sein. Infolgedessen wird ja nun das deutsch-polnische Abkommen hoffentlich ebenfalls in allernächster Zeit endlich veröffentlicht werden, und zwar mit den Ergänzungen, die es in Genf durch Notenaustausch erfahren hat. Ob und inwieweit dann den großen Bedenken, die gegen das Abkommen vorliegen und von uns mit allem Nachdruck geltend gemacht worden sind, wenigstens einigermaßen die Grundlage entzogen ist, bleibt abzuwarten. Soweit es nicht der Fall ist, muß mit allen Mitteln versucht werden, beim Abschluß des zu erwartenden deutsch-polnischen Handelsvertrages und seiner Nebenverträge, besonders des Niederlassungsvertrages, das Versäumte zu erreichen, damit die Deutschen in Polen die ihnen zugedachten Sicherungen wirklich erhalten und letztere nicht bloß auf dem Papier bestehen bleiben und damit Polen nicht auf Umwegen seine Zugeständnisse illusorisch machen kann.

Zu den Gesetzen, die nun mit größter Beschleunigung auszuarbeiten sind, gehört natürlich auch das Gesetz, auf Grund dessen die vertriebenen Domänenpächter, die Ansiedler, deren Eigentum annulliert und liquidiert worden ist, und die Deutschen, die Opfer indirekter Liquidation in Polen geworden sind, entschädigt werden, nachdem das Reich die Auszahlung dieser Entschädigungen an Stelle Polens übernommen hat. Wir haben oft genug betont, was im Interesse der Geschädigten unbedingt verlangt werden muß. Beschlüsse des Kabinetts über die Grundsätze für diese Entschädigung liegen noch nicht vor. In den Kreisen aller Parteien bringt man dieser Frage außerordentliches Interesse entgegen. Allerdings werden aus den Kreisen der Wirtschaft heraus die Abgeordneten jetzt schon mit pessimistischen Darlegungen überschüttet. Um so richtiger dürfte es gewesen sein, daß der Deutsche Ostbund am 2. Dezember rechtzeitig in voller Öffentlichkeit dargelegt hat, wie vom Standpunkte der Geschädigten aus die Frage sich ansieht und nach welchen Gesichtspunkten sie die Entschädigung geregelt haben wollen. Wie die Dinge liegen, wird es sicher harter Kämpfe bedürfen, um diese Grundsätze zur Geltung zu bringen.

Aber nicht nur in dieser Frage, sondern wegen der großen Bedeutung des Abkommens mit Polen in wirtschaftlicher und nationalpolitischer Beziehung und wegen der ungeheuren Tragweite des ganzen „Neuen Plans" mit seinen sämtlichen Nebenabkommen wird es in der nächsten Zeit zu schweren Kämpfen in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten kommen und die Parteigegensätze werden sich dadurch leider noch mehr verschärfen. Für die Geschädigten-Verbände und die Geschädigten selbst wird es dabei wesentlich darauf ankommen, sich nicht ohne Not in diesen Parteihader hineinziehen zu lassen, sondern rein sachlich zu diesen großen Fragen Stellung zu nehmen. Soweit die Interessen des Ostens und der deutschen Ostmärker dabei in Betracht kommen, hoffen wir, daß sie wegen der dabei auf dem Spiele stehenden vaterländischen Belange von allen Parteien verständnisvoll und mit größtem Nachdruck wahrgenommen werden. G.

*

Das Polenabkommen und die Nebenabreden.

Die Telegraphen-Union veröffentlicht jetzt eine längere kritische Auslassung über das deutsch-polnische Finanzabkommen. Sie teilt dabei mit, daß das Abkommen selbst drei Seiten umfaßt, während die zum Abkommen gehörigen ursprünglichen Nebenabreden etwa neun Seiten einnehmen. Was die Telegraphen-Union im einzelnen über den Inhalt berichtet und was sie als Kritik der einzelnen Bestimmungen bringt, haben wir schon vor Wochen in unserem Blatt sehr eingehend dargelegt, so daß wir, da gegenüber unseren Ausführungen die Mitteilungen der T. U. nichts neues enthalten, nicht weiter darauf einzugehen brauchen. Wenn die T. U. freilich kurz und bündig erklärt, „die Nebenabreden stellen in der geplanten Form keinerlei Schutz für die deutsche Minderheit in Polen dar", so denkt die deutsche Minderheit in Polen darüber anders, und auch wir können bei aller scharfen Kritik, die wir gerade an den hierbei in Betracht kommenden Punkten geübt haben, eine solche glatte und unbedingte Verneinung nicht unterschreiben. Einen gewissen Schutz für die deutsche Minderheit stellt das Abkommen bezüglich der Einstellung der Liquidation deutschen Besitzes und des Verzichts auf das Wiederkaufsrecht schon dar, nur besteht eben die Gefahr, daß manche dieser Zugeständnisse umgangen werden können und daß die Ausnahmen, die Deutschland bezüglich des Wiederkaufsrechts zugestanden hat, viel zu weitgehend sind, vor allem in dem Punkte, daß Polen nach wie vor das Wiederkaufsrecht doch ausüben kann, wenn der Erbberechtigte auch nur wegen eines Vergehens bestraft ist. Aber auch das haben wir ja schon früher in aller Schärfe hervorgehoben. Wenn dagegen die T. U. hervorhebt, die Rückkehr von Optanten zur Übernahme von Wirtschaften ihrer Eltern oder von Geschwistern der letzteren sei nicht vorgesehen, so müssen wir, um unnötige Beunruhigung zu vermeiden, betonen, daß im Abkommen selbst darüber bekanntlich zwar nichts steht, daß aber Polen schon vor den Genfer Verhandlungen durch eine Note dieses Zugeständnis gemacht hat. Die Kritik der T. U. ist also wenig aktuell und berücksichtigt auch die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen nicht. Diese müssen, wie gesagt, erst noch abgewartet werden.

*

Aus dem Inhalt des Neuen Plans.

Das Reichskabinett hat am 22. einmütig den Youngplan und die anderen Ergebnisse der neuen Haager Konferenz gebilligt.

Aus dem Inhalt des Neuen Plans sei bemerkt, daß er „eine vollständige und endgültige Regelung der sich aus dem Krieg ergebenden finanziellen Fragen, die endgültig von den Mächten angenommen ist", darstellen soll. Der Reparationsagent und alle sonstigen fremden Agenten in Deutschland sind damit aufgehoben.

Der sehr umfangreiche Artikel 3 enthält den Verzicht Deutschlands auf alle Ansprüche gegenüber der Reparationskommission oder einzelnen Gläubigermächten hinsichtlich der Entschädigung für Kriegsgefangene, für die Kolonialanleihe und für Staatsforderungen auf Grund des Ausgleichsverfahrens. Die Gläubigermächte ihrerseits verzichten auf jeden Anspruch über die Annuitäten hinaus. Sie verzichten darauf, ihr Liquidationsrecht künftig anzuwenden. Statt dessen sollen die Liquidationsverträge Deutschlands mit den einzelnen Gläubigermächten gelten.

Artikel 8 bestimmt, daß Deutschland allein zu entscheiden hat, ob zu einer Moratoriumserklärung (Zahlungsaufschub) Anlaß besteht oder nicht.

*

Urantrag im Landtag wegen des Polenabkommens.

Im Preußischen Landtag hat die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei einen Urantrag eingebracht, in dem es heißt: Am 25. November 1929 habe der Preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff vor dem Preußischen Staatsrat erklärt, daß Preußen gegenüber dem Reich noch einen Anspruch auf Entschädigung für das an Polen gefallene preußische Staatseigentum im Werte von 2⅔ Milliarden Mark habe. Bereits am 31. Oktober 1929 sei in Warschau ein Finanzabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen paraphiert worden, in welchem das Deutsche Reich nicht nur auf die Rückerstattung des an Polen gefallenen öffentlichen Eigentums über Reparationskonto verzichte, sondern auch Entschädigungspflichtigen gegenüber den in Polen liquidierten Deutschen in einem Umfang übernehme, der für die Reichsfinanzen und damit auch für den Finanzausgleich von erheblicher Bedeutung sei. Aus den Daten sei zu schließen, daß die preußische Staatsregierung bei den Verhandlungen mit Polen, die preußische Lebensinteressen berühren, nicht um ihre Meinung gefragt, ja, nicht einmal unterrichtet worden sei. Das Staatsministerium wird daher ersucht, im Reichsrat dem Liquidationsabkommen mit Polen die Zustimmung zu versagen und bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß Verhandlungen mit fremden Staaten, die ein vitales Interesse Preußens berühren, in Zukunft nicht ohne Fühlung und ohne Einvernehmen mit Preußen geführt und abgeschlossen würden.

*

Lieber Verzicht als Schaden!

Der Schneidemühler Provinziallandtag zu den Polenverträgen.

Der Provinziallandtag der Grenzmark Posen-Westpreußen hat in seiner am 22. Januar in Schneidemühl abgehaltenen Sitzung zu den geplanten Verträgen mit Polen, insbesondere dem Liquidationsabkommen und dem Handelsvertrag, folgende sehr ernst zu nehmende Entschließung gefaßt:

„Was bisher aus dem Inhalt dieser Verträge bekanntgeworden ist, gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Der Provinziallandtag der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, deren Einwohner zu 61 v. H. sich auf zum Teil kärglichen Boden aus der Landwirtschaft ernähren, hält es für seine Pflicht, in letzter Stunde die für den Abschluß der Verträge maßgebenden Stellen dringend darum zu bitten, daß diese Verträge nur dann abgeschlossen werden, wenn einmal der deutschen und insbesondere der grenzmärkischen Landwirtschaft ihre Lebensfähigkeit in jeder Weise gewährleistet, und zweitens, wenn der in Polen lebenden deutschen Minderheit die Sicherheit zu ungehinderter kultureller und wirtschaftlicher Betätigung gegeben wird. Sollten diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllt werden, so ist der Verzicht auf Verträge mit Polen ihrem Abschluß vorzuziehen."

Zehn Jahre Liquidationen.

Der 10. Januar 1920 war der Stichtag für die Liquidationsmöglichkeit deutschen Eigentums in Westpolen. Wer an diesem Tage nicht polnischer Staatsangehöriger war, konnte auf Grund des Versailler Diktats enteignet werden. Die Enteignung sollte nach polnischer Äußerung eine „Wiedergutmachung" der preußischen Enteignungspolitik bedeuten, (von der im Laufe von 150 Jahren vier polnische Güter im Gesamtumfange von 1600 Hektar gegen hohe Entschädigung betroffen worden waren). Die Polen haben die ihnen gebotene Möglichkeit, den deutschen Grundbesitz im abgetretenen Gebiet zu zerstören, mit aller Rücksichtslosigkeit ausgenutzt. Nach dem Bericht der Staatlichen Kontrollkammer wurden bis Ende 1928 90 Großgrundstücke von über 200 Hektar mit einem Gesamtflächeninhalt von 97 531 Hektar und an kleinerem Landbesitz und Rentengütern 3709 Objekte mit einer Gesamtfläche von rund 55 000 Hektar enteignet; dazu kommen 1665 städtische Grundstücke und Institutionen der öffentlichen Wohlfahrt und 273 Industrie- und Handelsunternehmungen. Das sind insgesamt rund 160 000 Hektar, die von den Polen zu Zwecken der „Wiedergutmachung" enteignet worden sind. Preußen hatte den städtischen Grundbesitz niemals angetastet. Polen aber hat mit seiner Raubpolitik selbst nicht vor den Wohlfahrtseinrichtungen halt gemacht. Preußen hat bäuerlichen Besitz niemals enteignet; die polnischen Enteignungen haben sich gerade in den letzten Jahren besonders stark gegen die kleinen Grundstücke gerichtet, nachdem an größeren Objekten nicht mehr viel zu liquidieren war. Was bleibt nach dieser „Wiedergutmachung" der vergangenen 10 Jahre noch zu enteignen übrig? Was hat also die deutsche Regierung mit den Milliarden, deren Zahlung sie den Polen in ihrem Liquidationsabkommen erlassen hat, noch erkauft? Der polnische Publizist Rudnicki spricht von 20 000 und Herr Kierski, der sich gewiß nicht zu deutschen Gunsten verrechnet hat, von 29 435 Hektar deutschen Besitzes, der ohne das Abkommen noch der Enteignung verfallen wäre. Von dieser Summe gehen aber noch einige große Objekte ab, die für die Liquidation sowieso nicht mehr in Frage gekommen wären: Es sind dies der Besitz des Prinzen Biron von Kurland, der bereits verkauft ist und allein einen Flächeninhalt von 12 174 Hektar umfaßt, und die Herrschaft Sartowitz des Grafen von Schwanenfeld-Schwerin, der, um die Liquidation abzuwehren, 1750 Hektar von seinem 4356 Hektar umfassenden Gesamtbesitz in einem Vergleichsvertrage opfern mußte; dadurch wurde der Rest von der Liquidation befreit. Endlich ist hervorzuheben, daß man dem Prinzen von Stolberg, dessen Herrschaft unter das Liquidationsabkommen fällt, von seinen 6730 ha umfassenden Besitz über 4000 ha auf dem Wege der Agrarreform fortnehmen will. Von den hochgerechnet 30 000 ha kommen also über 20 000 ha auch ohne das deutsch-polnische Abkommen für eine Liquidation nicht mehr in Frage. Die Liquidation war bekanntlich nur eines der Mittel, mit denen der deutsche Grundbesitz beseitigt werden sollte. Zu den 160 000 ha liquidierten Besitzes kommen noch das Land der etwa 4000 annullierten Siedler (mit 60 000 ha) und die rund 32 000 ha, die durch die Agrarreform den deutschen Besitzern weggenommen worden sind; alles in allem ein Verlust von über ¼ Million ha; nicht eingerechnet ist hierin der ehemalige Besitz des preußischen Staates, der ehemals regierenden Häuser, der Gemeinden usw., der heute dem polnischen Staate oder dem polonisierten Gemeinwesen gehört. Der polnische Raubzug hat sich also gelohnt. Wenn heute nach 10 Jahren durch das deutsch-polnische Abkommen ein Strich unter die polnische Liquidation gemacht werden soll, so bedeutet das, wie aus den polnischen Angaben hervorgeht, nichts anderes, als daß allerhöchstens noch 10 000 ha deutschen Besitzes geschützt werden, während für die Enteignung alles anderen Besitzes Polen Entlastung erteilt wird. — Nicht mitgerechnet ist hier der Besitz, der von den Deutschen „freiwillig" geräumt worden ist.

Die deutschen Bauern aus Rußland als Siedler in der Ostmark.

Vielfach ist angeregt worden, die rund 6000 deutschstämmigen Kolonisten, die aus Rußland geflohen sind und jetzt in Deutschland weilen, in Ostpreußen und den sonstigen dünn bevölkerten Ostprovinzen Deutschlands anzusetzen, um hier einen schnellen Bevölkerungszuwachs zu erzielen. Die Frage, ob das möglich und zweckmäßig wäre, ist eingehend erwogen, aber, aufs ganze gesehen, noch bisher von keiner Sachverständigenstelle bejaht worden. Abgesehen von vielen anderen Gesichtspunkten kommt vor allem der eine in Betracht, daß diese Flüchtlinge ohne alle Mittel sind, da sie nicht mehr als 1000 Rubel je Familie mitnehmen durften und davon längst nichts mehr übrig ist und daß man nicht Deutsch-Russen ohne Mittel auf Kosten des Reiches oder des Staates ansetzen kann, während man unser vortreffliches einheimisches Siedlermaterial in vielen Fällen wegen Mangel an Mitteln zurückweisen muß. Der Flüchtlingskommissar, Abg. Stücklen, weilte kürzlich in Königsberg, um mit den zuständigen Behörden Rücksprache darüber zu nehmen. Er hat darüber der „K. Allg. Ztg." folgendes mitgeteilt:

„Die Ergebnisse der verschiedenen Besprechungen in Königsberg haben gezeigt, daß eine Ansiedlungsmöglichkeit in größerem Umfange in Ostpreußen nicht bestehen dürfte. Zwar haben sich eine Reihe Großgrundbesitzer bereit erklärt, einzelne Familien bei sich aufzunehmen, doch auch hier spielt die Mittelfrage wieder eine ausschlaggebende Rolle. Ich habe zwar auch anderwärts bereits Versuche unternommen, Siedlungsmöglichkeiten für die Rückwanderer zu schaffen, doch bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches sind die Hindernisse fast unüberwindbar. Um so mehr als auch das Reich von sich aus den einzelnen Ländern keine Flüchtlinge zuweisen kann, sondern die Länder von sich aus die Aufnahme erst genehmigen müssen. Da die bisherigen Kosten durch die doppelte Sanierung in Eydtkuhnen und den einzelnen Lagern, den Transport und den jetzigen Aufenthalt bereits recht hoch waren, bin ich natürlich bemüht, sobald als möglich für die Räumung der Lager zu sorgen, da das lange Lagerleben naturgemäß demoralisierend wirkt, und ich hoffe bestimmt, spätestens bis zum Frühjahr sämtliche Flüchtlinge untergebracht zu haben. Voraussetzung dafür ist aber, daß kein weiterer Zuzug aus Rußland stattfindet. Dieses erscheint mir jedoch noch nicht als sicher festzustehen, da nach Nachrichten aus Rußland auch jetzt immer noch große Kreise selbständiger Bauern mit allen Mitteln versuchen, Rußland zu verlassen.

Von den 6000 in den verschiedenen Lagern untergebrachten Flüchtlingen konnten bisher etwa 140 Familien, die bereits die Überfahrt nach Kanada besaßen, die Einreisegenehmigung durch die in den Lagern weilenden Ärzte erhalten. Etwa 250 Familien konnten durch die mit der Hamburg-Amerika-Linie zusammenarbeitende Gesellschaft Hamonia in Südbrasilien untergebracht werden, und für etwa 250 weitere Familien wird gleichfalls in Südbrasilien Ansiedlungsmöglichkeit geschaffen werden können. Dadurch wurden **bisher etwa 3000 Rückwanderer untergebracht.** Die Unterbringung

der restlichen 3000 stößt jedoch auf außerordentliche Schwierigkeiten. Einmal darum, weil die Flüchtlinge nicht mit ausreichenden Papieren versehen sind. Der größte Hinderungsgrund ist aber zweifellos der, daß die Flüchtlinge ausnahmslos vollkommen mittellos dastehen und sogar jetzt schon in den Lagern auf Reichskosten unterhalten werden müssen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß ein Teil der Flüchtlinge mit Krankheiten behaftet ist, die von den Einwanderungsländern als Hinderungsgrund der Einwanderung angesehen werden. Diese Familien mit kranken Mitgliedern im Auslande unterzubringen, ist vollkommen unmöglich, und diese müssen daher auf alle Fälle im Reichsgebiet angesiedelt werden. Bisher sind etwa 120 solcher Familien festgestellt worden. Die Schwierigkeiten der Unterbringung sind jedoch außerordentlich groß. Denn es ist natürlich nicht möglich, diese Flüchtlinge auf Reichskosten der großen Masse der deutschen Siedler vorzuziehen. Sie als einfache Landarbeiter zu verwenden stößt gleichfalls auf technische Schwierigkeiten."

Stücklen vertritt die ganz richtige Anschauung, daß Deutschland unmöglich allein die Last für die Umsiedlung dieser Flüchtlinge tragen kann, daß hier vielmehr eine internationale Hilfsaktion einsetzen und daß diese der Völkerbund in die Hand nehmen muß. Er hat den Reichskanzler ersucht, in diesem Sinne einen Antrag zu stellen.

Fortsetzung der Handelsvertragsverhandlungen.

Der polnische Außenminister Zaleski hat in Genf bei verschiedenen Gelegenheiten wieder einmal schöne Worte für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit gefunden, hat aber nicht erwähnt, auf welche Weise Polen dazu beizutragen gedenkt, eine solche Zusammenarbeit anzubahnen. Die Schuld an dem Mißerfolg der gegenseitigen Annäherungsbestrebungen sucht er natürlich bei Deutschland, das sich seiner Ansicht nach nicht genügend darum bemüht, den polnischen Nachbarn kennenzulernen. Aus seinen Äußerungen ging hervor, daß er eine deutsch-polnische Annäherung nur dann für möglich hält, wenn Deutschland die Kosten des wirtschaftlichen und politischen Friedensschlusses trägt. Hinsichtlich der Handelsvertragsverhandlungen haben die beiderseitigen Vertreter ihren Regierungen empfohlen, die Besprechungen in Warschau wieder aufzunehmen. In der entscheidenden Frage der polnischen Schweineeinfuhr wurde auch in Genf noch keine Übereinstimmung erzielt.

Auch in den Getreideverhandlungen ist man wieder auf neue Schwierigkeiten gestoßen. Auf deutscher Seite bestand die Absicht, eine bedeutende Roggenmenge von Polen zu übernehmen und dafür 10 v. H. über den polnischen Marktpreis zu zahlen. Man wollte dem ewig unzufriedenen Partner also ein Geschenk machen, um seiner Landwirtschaft, die er selber nicht zu sanieren vermag, wieder aufzuhelfen. Das deutsche Preisangebot wurde von Polen aber als ungenügend bezeichnet! Die Versuche der polnischen Regierung, durch die Schaffung eines Exportsyndikates und die Einführung einer Exportprämie die Getreidepreise zu stützen, hatten nicht den gewünschten Erfolg.

Minderheitenfragen in Genf.

Die deutschen Klagen vor dem Völkerbund.

Vom Deutschen Volksbund in Oberschlesien wurden vier Klagen vorgebracht, die den Völkerbund schon mehrfach beschäftigt haben, aber immer wieder verschleppt worden sind: 1. Der Regierungskommissar bei der Tarnowitzer Knappschaft, Benis, hatte gegen den früheren Direktor des Knappschaftsvereins den Vorwurf erhoben, daß dieser längst nicht genug polonisiert habe und gegen die Minderheiten nicht genügend scharf vorgegangen sei: Nach Mitteilung der polnischen Regierung ist dem Kommissar ein strenger Verweis erteilt worden (wohl nicht dafür, daß er polonisiert, sondern dafür, daß er darüber gesprochen hat!). Zaleski wies darauf hin, daß eine unterschiedliche Behandlung der Mitglieder und Funktionäre des Vereins unzulässig sei. („Unzulässig" ist die Benachteiligung der deutschen Mitglieder auch schon vorher gewesen; trotzdem sind die Deutschen zurückgesetzt worden!) Der Völkerbundsrat hat auf die Anwendung wirklicher Schutzmaßnahmen verzichtet; er sieht mit der Erklärung des polnischen Außenministers die Angelegenheit als erledigt an. 2. Der Knappschaftsbeamte Lubos war unter Anwendung ungesetzlichen Druckes entlassen worden, weil er seine Kinder in die deutsche Schule schickte. Der Rat hat die polnische Regierung ersucht, in Zukunft die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. Zaleski sagte auf Grund der Bitte des deutschen Vertreters, den durch die ungerechtfertigte Entlassung Geschädigten eine Entschädigung zu gewähren, „wohlwollende Prüfung" zu; ein Versprechen in dieser gewiß schon reichlich geprüften Angelegenheit gab der Außenminister nicht! 3. Die Angelegenheit der 32 deutschen Ärzte, die aus ihren Amtsstellen als Knappschaftsärzte entfernt worden sind, konnte nicht behandelt werden, weil der Berichterstatter, der Japaner Adatschi, keine Zeit gefunden hatte, sich damit zu befassen! 4. In den Richterschächten der Königs- und Laurahütte waren die deutschen Wahlkandidaten zum Angestelltenrat bis auf zwei von der Grubenverwaltung entlassen worden. Diese Entlassungen waren ungesetzmäßig, weil sie nur mit Zustimmung des Angestelltenrates hätten erfolgen können, dessen Wahl aber ungültig war, weil die deutsche Liste ohne Grund gestrichen worden war. Der Völkerbundsrat hat die Angelegenheit an die gemischte Kommission verwiesen und die polnische Regierung zur Beschleunigung des Verfahrens gemahnt. In Oberschlesien ruft diese Genfer Methode, die Beschwerden der deutschen Minderheit zu behandeln, wachsende Erbitterung hervor. Der sozialistische „Volkswille" spricht von einem Narrenspiel, das mit den Deutschen vor dem Genfer Forum getrieben wird. „Immer findet man in Genf Gelegenheit, die Entscheidung hinauszuschieben, um sich vor einem klaren Rechtsbruch zu drücken . . . Es überrascht uns absolut nicht, daß alles, was Oberschlesien betrifft, einfach von Tagung zu Tagung verlegt wird; denn die Herren haben es nicht so eilig in Genf; eher mag inzwischen das Deutschtum ganz ausgerottet werden."

*

Der oberschlesische Schulstreit.

Die deutsche Regierung hatte sich seinerzeit damit einverstanden erklärt, daß in Ostoberschlesien die Aufnahme der Kinder in die Minderheitenschulen von dem Bestehen einer Sprachprüfung abhängig gemacht wird. Die Deutschen Oberschlesiens hatten gewarnt, denn sie sahen voraus, daß diese Maurerschen Sprachprüfungen von den Polen in einer Weise durchgeführt werden würden, die vielen Kindern die Aufnahme in die deutschen Schulen entgegen dem elterlichen Willen unmöglich macht. Außerdem machen die polnischen Behörden entgegen den Bestimmungen des Genfer Abkommens bei den Schulanmeldungen verschiedene Schwierigkeiten; so verlangen sie u. a. das persönliche Erscheinen des Erziehungsberechtigten zur Anmeldung, um bei dieser Gelegenheit mit allen Mitteln einen unerlaubten Druck ausüben zu können. Das Recht zur schriftlichen Anmeldung ist in der Oberschlesien-Konvention ausdrücklich vorgesehen und in dem bekannten Gutachten des Haager Schiedsgerichtes auch eindeutig anerkannt worden. Trotz dieser beiden klaren Entscheidungen hatte der Völkerbundsrat es aber für richtig gehalten, die Zulässigkeit der schriftlichen Anmeldung zwar festzustellen, zugleich aber dem polnischen Wunsche entsprechend den Parteien die Einleitung neuer Verhandlungen über die Wiedereinführung der Maurerschen Sprachprüfungen zu empfehlen; der deutsche Ratsvertreter hatte durch Stimmenthaltung diesen Beschluß ermöglicht! Als im April v. J. die Verhandlungen über die Förmlichkeiten der Schuleinschreibungen begannen, lehnten die deutschen Vertreter die Maurerschen Prüfungen mit erfreulicher Entschiedenheit ab. Daraufhin weigerten sich die Polen aber, über die anderen Schulstreitfragen, insbesondere über die schriftliche Anmeldung, zu verhandeln. Durch passiven Widerstand hofften sie, die deutschen Vertreter zu einem faulen Kompromiß zu zwingen.

Die im Dezember in Paris neu angebahnten Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. In Genf wurden die Besprechungen von neuem aufgenommen. Hier scheint es zu einem Kompromiß gekommen zu sein, das alle Schwächen einer solchen Vereinbarung trägt und, da es den Streit nicht beendet, sondern über kurz oder lang zu neuen Differenzen führt, sich zum Schaden der deutschen Minderheit auswirken muß. Über das Ergebnis ist nur so viel bekannt geworden, daß Polen gegen die Aufnahme von Kindern in die deutschen Schulen ein Einspruchsrecht in den Fällen zugestanden werden soll, wo Arbeiter polnischer Nationalität unter einem angeblichen Druck von deutschen Arbeitgebern und Verbänden gegen den eigenen Willen veranlaßt worden sind, ihre Kinder für die deutsche Schule anzumelden. Das würde eine bedenkliche „Lösung" sein. Denn ganz abgesehen davon, daß sich derartige Fälle in der Praxis nicht ereignet haben und nur in den unruhigen Köpfen der polnischen Machthaber existieren, werden die Polen vermutlich von allen Arbeitern, die irgendwie von deutschen Arbeitgebern und Verbänden abhängig sind oder zu sein scheinen, behaupten, daß sie unter Druck gehandelt haben; erforderlichenfalls werden sie auch von diesen Arbeitern durch die ihnen zu Gebote stehenden Druckmittel das „Geständnis" zu erpressen wissen, daß sie von den Deutschen gezwungen worden sind, ihre Kinder zur Minderheitsschule anzumelden. Alle diese Kinder sollen dann auf Grund des polnischen Einspruchs einer Sprachprüfung unterworfen werden; der Erfolg dieser neuen „Lösung" wird der gleiche wie der der bisherigen sein: das Prüfungskomitee wird herausfinden, daß die Kinder nicht gut genug deutsch sprechen (wie sie polnisch sprechen, spielt dabei keine Rolle) und daher der polnischen Schule zugewiesen werden müssen.

*

Der Polenbund beschwert sich in Genf.

Die Klagen, die von polnischer Seite gegen Deutschland vor den Rat des Völkerbundes gebracht worden sind, sind so schwach begründet, daß man sie nur als einen Versuch ansehen kann, die Aufmerksamkeit in Genf von den Zuständen abzulenken, unter denen das Deutschtum in Polen zu leben gezwungen ist. Auf die polnischen Klagen soll kurz eingegangen werden, weil sie so recht bezeichnend für die Mittel sind, mit denen der Polenbund in Genf gegen

Deutschland Stimmung zu machen und Mißtrauen zu erwecken versucht. Die Hauptbeschwerde bezieht sich auf angebliche Hindernisse, die den Angehörigen der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien beim Erwerb von Grund und Boden gemacht worden sind. Nach dem „Kurjer Poznanski“ enthält das Gesuch des Polenbundes „eine Menge Material, das über alle Zweifel eine Bedeutung des polnischen Elementes in Deutschland feststellt“. Wie sieht es aber mit diesen Beweisstücken aus? Das Polenblatt teilt selbst „die wichtigsten und charakteristischsten Abschnitte“ der Beschwerdeschrift mit. Danach hatten z. B. drei Angehörige der polnischen Minderheit beim Kulturamt in Ratibor die Zuweisung von Landparzellen des Dominiums Schonowitz bei Ratibor beantragt, im März 1927 aber den Bescheid erhalten, daß das Dominium die Landzuweisung ablehne, weil die drei Polen sich am Aufstand gegen Deutschland beteiligt hatten und auch nachher noch tätige Mitglieder der polnischen Bewegung geblieben sind. In einem anderen Fall handelt es sich darum, daß die Güterverwaltung des Herzogs von Ratibor einigen polnischen Pächtern gekündigt und ihnen gelegentlich einer Parzellierungsaktion Landerwerb verweigert hatte, weil diese gleichfalls mit den Waffen gegen Deutschland gekämpft hatten. Die Ablehnung der polnischen Kaufgesuche ist in beiden Fällen von seiten privater Grundbesitzer und nicht etwa von einer amtlichen oder halbamtlichen Stelle aus erfolgt. Das Kulturamt hat in jedem Falle nur als sachlicher Vermittler der Anträge und der Bescheide gedient. Die Polen verlangen vom Völkerbund in ihrer Beschwerde also nichts anderes, als daß deutschen Privatleuten Vorschriften darüber gemacht werden, an wen sie ihren Grund und Boden zu verkaufen haben. Dieses Verlangen ist eine solch unerhörte Dreistigkeit, daß eine scharfe Zurechtweisung des beschwerdeführenden Polenbundes durch den Völkerbundsrat sehr angebracht gewesen wäre. Wenn die Beschwerde nämlich Erfolg gehabt hätte, würde das heißen, daß den Angehörigen der polnischen Minderheit auf Kosten deutscher Bewerber ein Vorkaufsrecht auf deutschen Landbesitz eingeräumt würde. Denn nicht einmal ein Deutscher hat in Deutschland die Möglichkeit, die Zuweisung von Land zu erzwingen. Wenn die „wichtigsten und charakteristischsten Abschnitte“ der Beschwerde so aussehen, dann läßt sich leicht ermessen, zu welch haltlosen Klagen der Polenbund seine Zuflucht nehmen muß, um in Genf die Rolle einer von Preußen verfolgten Minderheit spielen zu können. In ihren Bemerkungen zu der polnischen Beschwerde hob die deutsche Regierung hervor, daß in der Zeit von 1919 bis 1928 nahezu 30 000 Bewerber, unter denen sich zahlreiche Angehörige der polnischen Minderheit und selbst Teilnehmer an den Aufständen befinden, mit Siedlungsland bedacht worden sind. Sämtliche in dieser Angelegenheit gegen Preußen erhobenen Beschwerden wurden als unbegründet zurückgewiesen bis auf einige, die von den Beschwerdeführern selbst zurückgezogen worden sind. Dem Völkerbundsrat blieb nichts weiter übrig, als seine Genugtuung darüber zum Ausdruck zu bringen, „daß die deutsche Regierung Maßnahmen ergriffen hat, um auch nur einen Schein unterschiedlicher Behandlung auszuschließen“. Das war eine gründliche Abfuhr für den Polenbund.

Dr. K.

Ostnot — Reichsnot!

Unsere Ostlande sind wieder ein wenig entdeckt. Das Verständnis für die Gesamtfragen des deutschen Ostens will scheinbar wachsen; aber stets erneut muß man mit aller Dringlichkeit auf den Jammer und das Elend hinweisen, die in dem lange Zeit so stiefmütterlich behandelten Ostflügel unserer Heimat vorherrschen. Es geht hier nicht allein um wirtschaftliche Dinge größten Ausmaßes, sondern ebensosehr um kulturelle Güter, um psychologische Unwägbarkeiten. Man erinnert sich immer wieder dessen, daß wir im Osten ein blutende Grenze besitzen! Wie ernst und eindringlich ward erst kürzlich auf der Ostlandtagung des Augustinus-Vereins in Breslau auf diese Dinge hingewiesen! Wir haben nunmehr 10 Jahre lang ein Ostproblem, das schwere deutsche Problem der Zukunft. Polens Anerkennung wurde zu deutscher Dauerleidenszeit. Je mehr wir darüber nachdenken, um so hirnloser kommt uns alles das vor, was bezüglich der Grenzziehung durch Versailles und die geschichtsklitternde, sture Botschafterkonferenz der ehemaligen Gegner in Szene gesetzt worden ist. Ein grenzenlos düsteres Staatsgemälde! Berlin heute nur rund 160 km von der polnischen Grenze entfernt!

Ein tieferes Verständnis für unsere Ostbelange sollte unseres Erachtens schneller und steigender wachsen. Es bleibt doch unsagbar bitter für alle Ostprovinzler, daß auch weiterhin Millionen deutscher Staatsbürger, teilweise auch verantwortliche Politiker, nicht voll und ganz sich dessen bewußt werden, was im Osten eigentlich auf dem Spiele steht. Muß man es nicht tragisch nennen, wenn es sogar ein prominenter Vertreter einer maßgebenden Partei, in einer Versammlung um Auskunft über den Stand der Ostprobleme gebeten, fertiggebracht hat, wörtlich zu antworten: „Er kenne nur den Westen, nicht den Osten?“ Ja, wenn das am grünen Holze geschieht, darf man sich wirklich nicht wundern über die stark grassierende Indolenz und Teilnahmslosigkeit unverantwortlicher Volksgenossen in den politischen und Wirtschaftsfragen des Ostens.

Wenn die Besetzungsnöte des Westens längst der Geschichte angehören, wenn diese Zeit schon fast wie ein böses Märchen anmuten wird, wenn dort alles wieder seinen geregelten Gang, auch in der gestörten Wirtschaftsentwicklung, nehmen wird, erst dann wird so recht und allenthalben offenbar werden, wie uns die Ostfragen als Existenzfragen auf den Nägeln brennen! Ihre Meisterung erscheint, weiß Gott, als Kabinettstück erster Ordnung.

Als Reminiszenzen aus dem Vorjahre nochmals nur zwei kürzere Feststellungen zur Illustration des schleichenden Übels. Die seinerzeit in Genf in den maßgebenden Kreisen in Umlauf gebrachte polnische Denkschrift über das Verhältnis Polens zum Freistaat Danzig enthüllte blitzartig, aber lehrreich die schamlose Seele unseres Nachbars, die an Heuchelei nicht überboten werden kann: Zurückdrängung des deutschen Elementes im Korridor mit allen Mitteln, dann Danzigs scheinbare und angeblich wirkliche Wirtschaftsförderung und schließliche Fesselung in den Fängen des beutegierigen Adlers. Quod non!

Zweitens: Der französische Politiker Seydoux — bekannt als Mitglied des deutsch-französischen Studienkomitees und dem Quai d'Orsay nahestehend — redete gelegentlich und in Erwiderung auf das mannhafte Eintreten der katholischen Presse Deutschlands für die bedrohten Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien im „Petit Parisien“ dabei den polnischen Aspirationen auf Ostpreußen in einer frivolen Weise das Wort, indem er kraß behauptete, man habe es bei unserer abgeschnürten Provinz höchstens mit einer deutschen Kolonie zu tun, echtes deutsches Land sei sie niemals gewesen. Polen müsse übrigens ohne den Korridor ersticken, es habe jedenfalls Anspruch auf die gleichen Gebiete, die sich vor 1772 in seinem Besitz befanden.... Es ist wahrhaftig kein Wunder, wenn durch solche Sekundanten einer frischaufgebügelten Nation der Kamm schwoll und ihre Raffgier und Großmannssucht sichtbar im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Organisations-, Verwaltungs- und Wirtschaftstüchtigkeit wachsen. Zu einer Entspannung der geladenen politischen Atmosphäre im Osten konnte diese französische Poussade natürlich nicht beitragen.

Wie kann man nun der Ostnot allgemein steuern? Wir wollen uns nicht in vage Vermutungen über die politische Zukunft der deutschen Ostgrenzen verlieren. Die Dinge sind sicher noch nicht so reif, wie sie sein müßten, damit sich eine fühlbare Änderung, also ein Schließen der blutenden Wunde anbahnt. Denken wir in erster Linie an die Wirtschaft. Und da darf mit Befriedigung anerkannt werden, daß von Reichs wegen und vom Lande Preußen aus auch den Ostgebieten immer mehr geholfen wird (man vgl. z. B. die soeben erfolgten Erklärungen des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger im Haushaltsausschuß des Landtages über die Aufwendungen für Ostpreußen). Aber es handelt sich nach unserer Auffassung doch auch noch um etwas anderes. Was wir alle tun können und sollen, bewußt als Deutsche, als starke Meisterer eines widerwärtigen Volksschicksals, das besteht darin, daß wir mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften danach streben, Deutschlands Ostgebiete in ihrer Verstümmelung dem Volksempfinden stets näher zu bringen. Man ist gezwungen, von einer förmlichen Front der Ostverteidiger in kulturellem Sinne zu sprechen. Wie eine Fanfare muß der Ruf: „Ostnot ist Reichsnot!“ in alle deutschen Lande und besonders an die gleichgültigen und lässigen Volksgenossen hinausdrängen als Einhämmerung des Gedankens, daß der deutsche Osten so unsagbar bitter leidet.

Es gibt viele sympathische Mittel, mit denen man deutscher Ostkultur zu helfen vermag. Unterstützt vor allem Reisen nach dorthin in äußerstem Maßel Werbt also dafür, daß der deutsche Reisende und gerade auch der Volksgenosse aus dem Westen und Süden einmal in die Lage komme, sich in den Ostlanden persönlich umzuschauen. Und wenn das Reichsverkehrsministerium in großzügiger Weise in Verbindung mit dem Norddeutschen Lloyd uns auch noch eine moderne, höchstangenehme und gesundheitlich so hervorragende Schiffsverbindung mit Schnelldampfern nach dem Osten eingerichtet hat (Swinemünde—Zoppot—Pillau—Memel), die nunmehr schon seit drei vollen Jahren glänzend funktioniert, so kann ich mir eigentlich nichts Nationaleres denken, als wenn jeder Bewunderer und einstige Benutzer dieser schönen Verbindung ihr Förderer und Interpret im Lande draußen wird. Die nationale Verbindungsbrücke — denn das ist diese Schiffsstrecke — muß immer heimischer werden, auch bei unserer Jugend, die sie in beschaulicher Wochenendfahrt oder zu längerer Wanderfahrt nach oben in jene stille Provinz hinaufführt, wo man so gern die Freunde und Gäste aus dem jetzt allzufernen großen Reichsteile sieht und liebevoll aufnimmt. Wenn es früher im Völkerleben seit der großen Völkerwanderung stets Mode gewesen ist, nach Westen weiter zu wandern, so muß es heute für das im Osten grausam amputierte deutsche Vaterland und seine Bewohner zu einer neuen Mode werden, nach Osten Wanderungen zu unternehmen, in vermehrtem Maße Ostsiedlungen anzulegen, um die ganz mäßig besiedelten Wälle deutschen Grenztums normal aufzufüllen. Benutzt gerade den Frühling, aber auch den Herbst, jene Zeiten, in denen nicht das Gros der Reisenden unterwegs ist, zu diesen Ostfahrten in reichstem Maßel Wie hoch war es anzuerkennen, daß der Seedienst Ost-

preußen just zum Weihnachtsfeste eine richtige Gabe in Form von Gutscheinen für eine Ostlandreise im Jahre 1930 herausbrachte. Wir wollen hoffen, daß von dieser schönen Einrichtung recht umfangreicher Gebrauch gemacht worden ist und noch gemacht werden wird.

Die Grenzlandnot des Ostens stellt einen Zustand bewußter Zerrüttung des Deutschen Reichs durch das Versailler Diktat dar. Aus diesem Grunde wird die Ostnot zu der prekärsten deutschen Lebensfrage. Also Augen und Herzen auf! Wesensfremde Wogen eines überspannten Volkstums umspülen die Inseln und Halbinseln deutscher Heimaterde in stürmischer Art, nachdem sie bereits genügend Land unserer kulturellen Prägung gewaltsam überschwemmt haben. Es fehlen natürliche Deiche und Bollwerke; deshalb gilt es für uns als würdevolle und selbstbewußte Nation so gewappnet zu sein, daß fremdes Unkraut unter deutschem Weizen nicht weiter zum Wuchern kommt. Schützt die deutschen Ostlande! Dr. C. E. Schmidt.

*

Notdenkschrift der sechs Ostprovinzen.

Die von uns angekündigte und nunmehr fertiggestellte gemeinschaftliche Denkschrift der sechs Ostprovinzen über die Not derselben und die unbedingt erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung derselben wird am 24. d. M. von den sechs Landeshauptleuten der Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Pommern, Brandenburg und Ostpreußen dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, dem Reichsinnenminister, dem preußischen Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister überreicht werden.

Wir begrüßen dieses Vorgehen in hohem Maße, haben wir doch stets betont, daß die Landeshauptleute der Ostprovinzen die berufensten Persönlichkeiten seien, um ein gemeinschaftliches Vorgehen der Ostprovinzen zur Beseitigung der wirtschaftlichen und kulturellen Nöte in die Wege zu leiten. Wir sehen hier einen ersten und wichtigen Schritt für die Vereinheitlichung unserer Ostpolitik, der hoffentlich auch den Erfolg hat, daß die von Reich und Staat geplante Osthilfe ausreichend gegeben wird. Auf den Inhalt der umfangreichen Denkschrift kommen wir demnächst zurück.

*

Ein polnisches „Unabhängigkeits"denkmal im Korridor.

Der polnische Westmarkenverein plant bei Dirschau die Errichtung eines polnischen Unabhängigkeitsdenkmals, das ein monumentales Gegengewicht gegen die deutschen Ordensburgen darstellen soll. Als Denkmal ist auf riesigem Sockel ein Standbild des Gründers der polnischen Legionen, des Generals Heinrich Danbrowski geplant. Die Einweihung soll noch in diesem Jahre erfolgen. (Nebenbei bemerkt: Die Mutter dieses polnischen Nationalhelden war eine Deutsche.)

Von den Polen in Deutschland.

Der Landverkauf des Prinzen zur Lippe an Polen.

Der Fall Woynowo hat nicht nur Öffentlichkeit und Regierung in Deutschland beschäftigt, sondern auch jenseits der Grenze allgemeines Aufsehen erregt. Die Deutschen in Polen verstehen es nicht, wie ein deutscher Großgrundbesitzer sich dazu bereit finden kann, die polnischen Pläne zu fördern. „Wenn ein Deutscher", so schreibt die „Deutsche Rundschau" in Bromberg, „dazu ein Mann, der nach Stand und Bildung zur Erkenntnis seiner völkischen Aufgaben verpflichtet ist, die von der gesamten deutschen Nation als Ungerechtigkeit empfundene Massenenteignung deutschen Besitzes im Osten noch dadurch vermehrt, daß er deutschen Boden in fremde Hände spielt, dann muß dieses Vorgehen selbst dann an den Pranger gestellt werden, wenn wirtschaftliche Not die Hauptursache dieses Entschlusses war. Noch heute haben diejenigen Polen geringes Ansehen in ihrem Volke, die zu preußischer Zeit ihr Land an einen Deutschen oder sogar an die Preußische Ansiedlungskommission verkauft haben."

*

Ein brandenburgisches Dorf polonisiert.

Noch ehe sich die Erregung über die polnischen Landkäufe in Waynowo in den Grenzgebieten gelegt hat, wird jetzt bekannt, daß in aller Stille auch schon das erste brandenburgische Dorf polonisiert worden ist. Es handelt sich um den Ort Kesselsdorf im Kreise Züllichau-Schwiebus, das nur 7 Kilometer von der Grenze entfernt liegt. Noch vor wenigen Jahren war Kesselsdorf ein rein deutscher Ort. Heute sind nur noch zwei Wirtschaften in deutscher Hand. Ein Pole hat sogar Hauszinssteuermittel für den Ausbau seiner Hofstätte erhalten.

Das Ende der ostdeutschen Opern.

Breslau: geschlossen; Königsberg: gefährdet.

Die deutschen Opern im Osten sind vor dem Ende: Die Oper in Breslau wird geschlossen; die Schließung der Danziger Oper steht bevor; auch die Königsberger ist in Gefahr. Das bedeutet ein Versagen auf der ganzen Linie. Trotzdem der Besuch der Häuser allgemein gestiegen ist, sind weder die Städte Breslau und Königsberg in der Lage, noch ist der preußische Staat bereit, ausreichende Unterstützungen zu gewähren. Während für die drei preußischen Staatstheater in Berlin, Wiesbaden und Kassel in den Staatshaushalt 11 Mill. Mark eingestellt sind, beträgt die staatliche Unterstützung des Königsberger Opernhauses gegenwärtig 150 000 und die Beihilfe des Reiches 75 000 Mark bei einem tatsächlichen Etat von 475 000 Mark. Für die Breslauer Oper wurden überhaupt keine staatlichen oder Reichszuschüsse gezahlt. Die finanzielle Unsicherheit der Oper in Königsberg hat eine Reihe der fähigsten Kräfte veranlaßt, sich für die nächste Spielzeit an andere Bühnen zu verpflichten, so daß selbst für den Fall, daß die Mittel noch aufgebracht werden, die würdige Fortführung des Hauses in Frage gestellt ist. Für Ostpreußen, für dieses vom Reiche abgetrennte Gebiet, in dem es auf eine Starkerhaltung jedes deutschen kulturellen Lebens in besonders hohem Maße ankommt, ist das ein schwerer Schlag. Wenn im übrigen Reiche ein Opernuntenehmen versagt, ist in ein oder zwei Stunden eine andere Opernstadt zu erreichen. Wenn aber die Königsberger und die Danziger Oper geschlossen wird, gibt es im Umkreis von mehreren 100 km keine gleichwertige Institution.

Um den Konkurs der Oper der Stadt Breslau zu vermeiden, hat Breslau um staatliche Hilfe gebeten. Die in Berlin geführten Verhandlungen haben zu einem wenig erfreulichen Abschluß geführt. Der Finanzminister hat sich bereit erklärt, die Fehlbeträge in Höhe von rund 1 Million Mark zu begleichen unter der Bedingung, daß die Oper am Ende der Spielzeit, Ostern d. J., endgültig geschlossen wird. Das Philharmonische Orchester soll erhalten bleiben; dem Breslauer Schauspiel wird voraussichtlich eine laufende staatliche Unterstützung gewährt; außerdem soll versucht werden, auch eine Opernkunst in Breslau durch Gastspiele fremder Theater zu erhalten; es ist aber sehr fraglich, ob es möglich sein wird, ohne erhebliche Zuschüsse die Gastspiele auf einem einigermaßen würdigen Niveau zu erhalten. Wenn heute unter dem Drucke einer schweren Wirtschaftsnot ein solcher Kulturfaktor, wie es eine ständige Oper in der schlesischen Provinzhauptstadt ist, preisgegeben wird, sollte man bedenken, daß es später vielleicht noch schwerer und kostspieliger sein wird, die Oper neu zu schaffen, als jetzt, sie zu erhalten.

Auch die Danziger Oper gefährdet.

Danzig wird durch seine schwierige Finanzlage gezwungen, alle „nicht lebenswichtigen" öffentlichen Einrichtungen abzubauen. In der Finanzabteilung des Senates scheint man entschlossen, diesem wirtschaftlichen Zwange als erstes den „entbehrlichen Theaterluxus", natürlich nicht sofort das ganze Theater, sondern vorerst die den größten Zuschuß erfordernde Oper fallen zu lassen. Ein Theater, das ein Kulturtheater sein soll, kann sich nicht selber erhalten, und daß die deutsche Oper in Danzig, das heute nur noch auf kulturellem Gebiete seine Zugehörigkeit zum Mutterlande durch die Tat bekennen kann, eine bedeutsame nationale Aufgabe zu erfüllen hat, ist wohl nicht zu bestreiten. In seiner politischen Machtlosigkeit und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Polen ist die Pflege des deutschen Geisteslebens fast die einzige wirksame Waffe, mit der Danzig seine Selbständigkeit noch verteidigen kann. Mit der Vernachlässigung des deutschen Kulturbewußtseins fällt die letzte Schranke, die die Überfremdung von Polen her fernhalten kann. Man kann die Oper also nicht als „nicht lebenswichtig" für Danzig hinstellen. Bereits heute hat ein polnisches Konsortium die Genehmigung, zweimal monatlich im Schützenhause Theater zu spielen. Solange es dort beim Schauspiel bleibt, bei dem die polnische Sprache angewandt wird, ist das keine Gefahr; wenn aber die Deutsche Oper eingeht und die Danziger somit auf einen bedeutsamen kulturellen Werbefaktor verzichten, werden sich die Polen diese günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, mit ihrer Musik, von polnischen Sängern gesungen und von polnischen Orchestern gespielt, Kulturpropaganda in Danzig zu treiben. Diese Möglichkeit ist nicht zu unterschätzen. Die Gründung eines Konsortiums zur Pflege polnischer Musik in Danzig steht schon bevor. Das deutsche musikliebende Publikum wird zu den Polen gehen, wenn es keine deutsche Oper mehr gibt, weil es ja die „internationale Sprache der Musik" auch dort versteht. Danzig würde als Musikstadt auf das Niveau kleinerer Provinzstädte sinken. Die Mitglieder des Orchesters würden Danzig verlassen; es würden daher auch keine Sinfoniekonzerte mehr stattfinden können; auch den Zoppoter Waldoper würden beträchtliche Schwierigkeiten erwachsen. Man sollte meinen, daß sich niemand findet, der die Verantwortung für diese Schädigung des künstlerischen Lebens in Danzig zu tragen bereit ist. Man sieht aber auch, wie die Polen mit ihrer wirtschaftlichen Drosselung Danzigs den Pflegestätten deutschen Kulturlebens die Daseinsmöglichkeiten entziehen.

Die ostmärkische Frau

Zeitschrift für die Ostmarkarbeit deutscher Frauen.

Mitteilungsblatt des Frauendienstes des Deutschen Ostbundes und der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Frauen.

1930 — 1. Folge

(Erscheint in zwangloser Folge).



Zum Geleit.

Über die Schwelle eines neuen Jahrzehntes führte uns die Jahreswendel — — —

„Es ruhen noch im Zeitenschoße
Die schwarzen und die heitern Lose!"

Nur eines ist gewiß — schwer wird die Faust der Schuldknechtschaft in den kommenden Jahren auf dem ganzen deutschen Volke lasten. — Um unsere Heimat aber und um die deutschen Ostgrenzen geht der Kampf und das Handeln und das Feilschen weiter. — Weiter geht auch die kulturelle Sendung, die volkliche Aufgabe der Ostmärker und insbesondere der Ostmarkfrauen. Darum seid wach, ihr Heimatkämpferinnen, haltet fest an der alten Heimat, in Treue zum großen Vaterland. Schließt die Reihen und bekennet stolz:

„Ich dien'!"

In diesem Sinne ruft der

Frauendienst des Deutschen Ostbundes

seinen Mitgliedern und Freunden ein herzliches

Ostheil

zum neuen Jahre zu!

Zwei ostmärkischen Dichterinnen zum Gedächtnis.

Im Jahre 1929 sind zwei ostpreußische Frauen zur ewigen Ruhe eingegangen, zwei Dichterinnen hat der Tod die Feder sanft aus der Hand genommen, deren Namen weit über ihre engere Heimat hinaus von gutem Klange sind.

Im Frühling starb in Königsberg Gutti Alsen. Eine Schönheitssucherin, wohin immer sie schaute. Schönheit in der Natur, in der Kunst und im Geistigen — alles wurde ihr zu dichterischem Klang. Aus ihrem reichen Frauen- und Muttertum heraus mahnte sie zur Einigkeit, zum Verstehen von Mensch zu Mensch:

Einfache Weise.

„Es ist soviel Leid in der Welt,
Einer kann es nicht tragen,
Es geht bis ans Ende der Welt
Ein Weinen und Klagen.
Kann's einer nicht tragen allein,
Reicht euch alle die Hände
Über Meere, über Felsgestein,
Dann kommt die Wendel" — — —

Und um die Jahreswende ist auch Frieda Jung, 64 Jahre alt, an den Folgen einer Operation gestorben. Sie wurde am 4. Juni 1865 in Kiaulkehmen in Ostpreußen als Tochter eines Lehrers geboren. In Lyck bildete sie sich zur Kindergärtnerin aus und war längere Zeit in diesem Beruf tätig. Mit dem Lehrer Brauer verband sie eine kurze Ehe, die aber nach einem Jahre wieder geschieden wurde. In den neunziger Jahren erschienen ihre ersten Werke unter ihrem Mädchennamen. Von ihren Erzählungen seien nur erwähnt: „Gottes Segen", „Freud und Leid" und „Da oben in Ostpreußen". Aus Ostpreußens schwerer Notzeit im Weltkrieg stammen ihre Werke: „Halte aus, mein Heimatland" und „Aus Ostpreußens Leidenstagen".

An ihrem 60. Geburtstage empfing sie eine Ehrengabe ihrer Heimatprovinz, die die Bescheidene und Anspruchslose vor Sorgen schützte.

Lange Zeit hat sie im ostpreußischen Heimatdienst gearbeitet und auf Vortragsreisen für ostpreußische Art in Mittel- und Westdeutschland geworben. In Vers und Prosa sang sie das Hohelied der Heimat, der Eigenart des ostpreußischen Menschen. Tief traf sie das Leid und der Jammer des Krieges, der die ostpreußischen Fluren zerstörte.

„Was bebst du so, meine heilige Heimaterde?
Mich treten fremde Füße, mich stampfen Kosakenpferde!
Ihr blassen Sterne sagt an, was schaut ihr auf eurer Wacht?
Fressende Feuer ringsum, Nacht für Nacht!
Wind, Wind, du trägst seltsamen Ton in meine Kammer.
Flüchtlingsjammer!
O Morgensonne, was zauderst du, was kommst du so spät?
Mag's schauen nicht, wenn mein treustes Kind von dannen geht!"

Auch die tote Frieda Jung hat uns, den Heimatvertriebenen, noch viel zu sagen. Wir wollen ihre Mahnung hören:

Gebet.

„Herr, gib uns helle Augen, die Schönheit der Welt zu seh'n,
Herr, gib uns feine Ohren, dein Rufen zu versteh'n,
Und weiche, linde Hände für unsrer Brüder Leid
Und klingende Glockenworte für unsre wirre Zeit!" —

Ein sterbendes Volk?

„Geburtenrückgang und bevölkerungspolitische Bedeutung des Landvolkes" behandelt Oberregierungsrat Dr. Burgdörfer, Mitglied des Statistischen Reichsamts, Berlin, in „Deutsches Bauerntum", Heft 2. (Verlag Paul Parey, Berlin.) Deutschland hatte bei seiner Wiederaufrichtung (im Jahre 1871) 40 Millionen Einwohner, die vorwiegend in Landgemeinden wohnten. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges erfuhr es, trotz eines Wanderungsverlustes von 2½ Millionen, eine Bevölkerungszunahme von 27 Millionen oder 6,1 v. H., das sind rund zwei Drittel. Die parallel erfolgende Verschiebung des volkswirtschaftlichen Schwergewichts von der Landwirtschaft nach Industrie, Handel und Verkehr war geradezu naturnotwendig, ebenso das Anwachsen der Städte, wie die Umwandlung vom Landvolk in ein Stadtvolk.

Im Jahre 1871 wohnten zwei Drittel der Gesamtbevölkerung, 64 v. H., in ländlichen Gemeinden (unter 2000 Einwohner), 1910 nur noch 40 v. H., 1925 schließlich 35,6 v. H., also nur ein reichliches Drittel. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug 1882 noch 40 v. H., 1925 nur noch 23 v. H. Das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung hat sich seit 1871 genau umgekehrt. Gegenüber acht Großstädten im Jahre 1871 mit einer Einwohnerzahl von nicht ganz zwei Millionen bestehen heute 50 Großstädte mit über 18 Millionen Einwohnern, das sind 29 v. H. der Reichsbevölkerung. Jeder dritte Deutsche (fast) lebt in der Großstadt. Ihre gesamte Bevölkerung ist heute größer als die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung des Reichs (18 gegen 14 Millionen). Jeder 15. Deutsche wohnt in Berlin. Diese Wandlungen in der Volkswirtschaft und in der Bevölkerungsverteilung sind von erheblichem Einfluß auf den Volkskörper.

Das Bedenken der Überbevölkerung in Deutschland, zurückgeführt auf ungenügende Nahrungsdecke, wird mit Recht abgelehnt. Vertieft man sich in die von Reichs- und Länderregierungen, Selbsthilfe der Landwirtschaft und Mitarbeit der übrigen Bevölkerungskreise begonnenen und zum Teil schon weit geförderten Maßnahmen zur Produktionsmehrung und Produktionsanpassung der Landwirtschaft an die Ernährungsanforderungen und Ernährungsweise, so kann man feststellen, daß, zum Teil im Austausch der Erzeugnisse, Deutschland die heute bestehende starke Lebensmitteleinfuhr vorerst dämmen, allmählich beseitigen kann.

Die uns schwer belastende Erwerbslosigkeit, die für uns durch die Folgen des Kriegsverlustes besonders drückend ist, liegt auch in den meisten europäischen Staaten vor, ist also ein internationales Problem, das nur durch allmähliche Gesundung der europäischen Wirtschaft und Weltwirtschaft beseitigt werden kann, die insgesamt im Krisenzustand liegt (man denke an die Verhandlungen in Genf über internationale Agrar- und Kohlenkrise, an den ausfallenden Markt Rußlands und des Fernen Ostens usf.), so daß auch in dieser Hinsicht die Gefahr der Überbevölkerung abzulehnen ist.

Im Gegenteil, betrachtet man sich den Aufbau des deutschen Volkskörpers, so droht die gegenteilige Gefahr: das Sterben des Volkes.

Daß der Geburtenrückgang in allen europäischen Staaten und so auch bei uns vorliegt, ist ja bekannt, daß er aber in Deutschland ein vernichtendes Maß angenommen hat, wird übersehen. Die auf je 1000 Einwohner berechnete Geburtenziffer fiel 1876 bis 1900 von 43 auf 37 und war eigentlich mit der letzten Zahl normal, indem der aufgeblähte Wirtschaftsaufschwung der ersten Nachkriegsjahre von 1870/71 wieder ausgeglichen wurde. Von 1900 bis 1914 sank die Geburtenziffer von 37 auf 27 v. T., also um ein rundes Viertel. Ich selbst habe in dem „Hand- und Lehrbuch für Lehrer an landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen" und in dem Werk „Der Landwirt im Beruf und im öffentlichen Leben", die beide unter meiner Schriftleitung von der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer 1911 und 1912 herausgegeben wurden, und in vielen Aufsätzen seit 1908, vornehmlich 1911 bis 1913, auf diese Vorgänge hingewiesen, die ja für einen Ostmärker im Zusammenhang mit der ungeheuren Landabwanderung vom Osten nach dem Westen und der mangelnden Volksverjüngungskraft der Großstädte geläufig sind.

Damals haben wir auf die gefährliche Beeinträchtigung des normalen Aufbaues der Altersklassen auf dem platten Lande und in den Großstädten hingewiesen, indem durch starke Abwanderung die leistungsfähigen Altersklassen auf dem Lande vermindert, in der Großstadt gehäuft wurden. In jener Zeit ging der Verringerung der Geburtenhäufigkeit parallel die Verringerung der Sterblichkeit, so daß die vorliegende Gefahr der geminderten Volksverjüngung zahlenmäßig durch die trotzdem erfolgte Bevölkerungszunahme infolge geringerer Sterblichkeit und verlängerter Lebensdauer verschleiert wurde. Aber zu einer solchen ernsten Sorge, wie sie damals in Frank-

reich schon seit 30 Jahren mit dem tatsächlichen Stillstand der Bevölkerung durch mangelnde Geburtenhäufigkeit vorlag, war für Deutschland noch kein Grund. Der Geburtenüberschuß über die Sterbezahl war damals noch 12 v. T. und der deutsche Geburtenüberschuß war größer als die gesamte Geburtenzahl Frankreichs.

Das hat sich nun katastrophal geändert in der Nachkriegszeit. *Hatten wir im Jahre 1900 bei 56 Millionen Einwohnern noch 2 Millionen Geburten oder 35,6 v. T., so 1927 bei 63 Millionen Einwohnern nur noch 1,2 Millionen Geburten, d. h. 18,3 v. T., also 800 000 Geburten im Jahre weniger bei zahlenmäßig vergrößerter Bevölkerung.* Wenn nicht die Sterblichkeit auch jetzt wiederum sehr stark zurückgegangen wäre, so daß sich im Jahre 1927 noch ein Geburtenüberschuß von 6,4 v. T. ergab, bestünde schon auch ein zahlenmäßiger Stillstand.

Und doch ist, obwohl sich also bei 18,3 v. T. Geborenen und 12,0 v. T. Gestorbenen ein Geburtenüberschuß von 6,4 ergibt und man sich damit eigentlich zufrieden geben könnte — mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 402 449 Köpfen — diese Tatsache katastrophal. Burgdörfer sagt, *diese Zunahme ist ein Phantom, eine trügerische Rechnung.* Wir müssen unterscheiden zwischen *Bevölkerungszunahme* und *Bevölkerungswachstum. Deutschland hat wohl noch eine Zunahme, aber nicht mehr ein Wachstum.* Das ersieht man aus dem Altersaufbau der deutschen Bevölkerung. In einem graphischen Bild zeigt der Verfasser, daß vor dem Krieg der Altersaufbau unseres Volkes einer regelmäßigen Pyramide glich; heute weist er außerordentliche Einschrumpfungen an der Basis auf, und zwar doppelt durch den Geburtenrückgang in der Nachkriegszeit und den Geburtenausfall der Kriegsjahre, eine tiefe Einbuchtung auf der Männerseite durch die Kriegstodesfälle, und dann auf männlicher und weiblicher Seite eine Ausweitung des mittleren und Oberbaues der Pyramide. Das Wachstum des deutschen Volkes beruht für die Zukunft auf einer immer schmaler werdenden Basis. Die Schicht der Säuglinge 1924/25 ist kleiner als die der 25jährigen Männer und Frauen. Der deutsche Volkskörper zehrt heute noch an einem reichen Ertrag der Geburtenleistungen früherer Jahrzehnte. Deshalb treten die mittleren Altersklassen in der Pyramide so stark hervor. Sie einengen sich aber mit der natürlichen Sterblichkeit immer mehr nach oben in die Spitze, während die so entsetzlich verkleinerte Basis ihre Verkleinerung nach der Mitte der Pyramide fortsetzt.

In statistisch sehr feiner Weise weist Burgdörfer nach, daß die so erfreulich starke Sterblichkeitsabnahme und Verlängerung der Lebensdauer und die noch vorliegende Geburtenziffer in den absoluten Zahlen tatsächlich uns täuschen. *Er kommt zu dem Ergebnis, daß bei einer mathematisch berechneten Lebensbilanz des deutschen Volkes für das Jahr 1927 die Geburtenzifffer trotz der niedrigen Sterblichkeit nicht mehr ausreicht, um den bloßen Bestand des Volkes zu erhalten.* Somit gehe es heute nicht darum, das weitere Wachstum unseres Volkes zu sichern, sondern es gehe um die volle Bestandserhaltung. *Unser Volk habe bereits den ersten Schritt getan, ein sterbendes Volk zu werden.*

Der Weg, den wir gehen, ist bezeichnend durch *die gewollte Unfruchtbarkeit der Stadtbevölkerung.* An der Spitze der Geburtenbeschränkung marschiert in Deutschland und Ausland (!) Berlin. Weltstädte wie Neuyork, Tokio, Moskau haben Geburtenziffern von 20 bis 30 v. T., London 17, Paris 16, dagegen Berlin 9,9. *In Berlin gab es in den letzten Jahren mehr Todesfälle als Geburten, aber auch mehr Eheschließungen als Geburten.* Man könne kaum noch von einem Einkindersystem in Berlin sprechen. Dabei muß man, wie wir es früher im Jahre 1912/13 bei den bevölkerungsstatistischen Aufstellungen in der Betriebsabteilung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (vgl. meine Aufsätze in den Jahrbüchern der D. L. G. 1909, 1910, 1911, 1912, 1913) berücksichtigen, daß der Bevölkerungsaufbau, wie vorhin schon hervorgehoben, in den Großstädten durch Zuwanderung der leistungsfähigen Altersklassen außerordentlich verstärkt ist. Die geringe Geburtenziffer Berlins wirkt dadurch nur tragischer, als sie belegt, daß *die frische Lebenskraft der Zuwanderer in der nächsten Generation bereits erloschen, erstickt ist.* Wenn die Berliner Bevölkerung sich selbst (theoretisch) überlassen bliebe, also weder Zu- noch Wegzug stattfände, so würde sie, bei unveränderter Geburtenziffer, in 30 Jahren um 1 Million zurückgegangen sein, nach weiteren 30 Jahren nur noch 1½ Millionen betragen und im beschleunigten Verhältnis allmählich verschwinden. Das geschieht infolge des ständigen Zuströmens von frischem Blut tatsächlich nicht, und Berlin wird weiter zunehmen. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen deutschen Großstädten mit ihren insgesamt 14 Millionen Einwohnern. *Die Stadtbevölkerung stirbt, von innen heraus,* sagt Burgdörfer, *die Städte leben und wachsen vom Land, von seinem Brot und Blut.*

Aber auch die Geburtenhäufigkeit auf dem Lande geht zurück; sie betrug 1913 vom Tausend der Landbewohner 32,3 Geburten, 1926: 23,3 und 1927: 21,7. Auf dem Lande liegt noch Volkswachstum vor. Das ist, wie der Verfasser sehr ernst betont, der einzige Aktivposten in der Lebensbilanz des Volkes, der aber schon nicht mehr ausreicht, um das Geburtendefizit der Stadtbevölkerung auszugleichen. Gegenüber der internationalen Erscheinung des uns gegenüber geringeren Geburtenrückganges dürfe man an der Geburtenzunahme unserer östlichen Nachbarn und des Fernen Ostens nicht vorübergehen und dann leider erkennen, daß kein Land in Europa seit dem Weltkriege einen so scharfen Geburtenrückgang wie Deutschland aufweist und daß unter allen Völkern Europas, Frankreich eingeschlossen (!), die Fortpflanzung des deutschen Volkes am geringsten ist. Sicherlich ist das durch wirtschaftliche und seelische Belastung mitverursacht, aber es ist Tatsache. Verschärft wird die Tatsache durch die fortdauernde Landflucht. Und da prägt Burgdörfer den Satz: „Während die Aufsaugung durch die Großstädte und Städte weiter wirken wird, ist die *Verkümmerung der Städte wohl für unser Volk verhängnisvoll, die Verödung des Landes für unser Volk aber tödlich.*“

Und da ist überaus schmerzlich, feststellen zu müssen, *daß in der Ostmark die Zahl der Landkreise sich mehrt und mehrt, welche nicht nur keine Bevölkerungszunahme, sondern einen Bevölkerungsrückgang haben.* Sie liegen besonders in Ostpreußen und der Grenzmark. Und es ist dabei besonders *zu beobachten* das Vordringen des *polnischen Volkstums, dessen Frauen durchschnittlich doppelt so viele Kinder auferziehen wie die deutschen.* Daher die Bedeutsamkeit der Maßnahmen für die Ostmark, wie sie oben zum Teil geschildert sind, bei der Bekämpfung der Landflucht, der Siedlung, der ländlichen Wohlfahrt und Heimatpflege, des sogenannten großen Notprogramms, wie es jetzt vorliegt, nicht nur zum Schutze, sondern zur planmäßigen, den weltwirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten Umstellung der Landwirtschaft. Burgdörfer fordert außerdem noch die Schaffung eines wirksamen Ausgleichs für die wirtschaftliche Vorausbelastung der kinderreichen Familien durch besondere Steuermaßnahmen, indem bevölkerungspolitische Gesichtspunkte unser ganzes öffentliches Leben, unsere gesamten politischen, wirtschaftspolitischen, kulturellen und sozialen Maßnahmen durchströmen müßten.

Ist dieses alles nicht ein Menetekel? Sollten wir nicht nachdenklich werden? Das junge Deutschland muß wissen, daß es einem (bevölkerungspolitisch) sterbendem Volke angehört, daß aber Arbeits- und Lebenswille der Jugend das Volk auch wieder jugendstark machen wird.

Hoffmeister.

Aus der Ostbundfrauenarbeit.

Der Frauendienst der Ortsgruppe Berlin-Norden veranstaltete am Donnerstag, den 5. Dezember, im Hochzeitssaal der Brauerei Pfefferberg eine Adventsfeier. Die zahlreich erschienenen Gäste und Mitglieder wurden an festlich geschmückter Tafel empfangen. Jeder Teilnehmer erhielt ein Ansteckssträußchen, das mit rotem Seidenband auf einer gebrauchsfertigen Nadel befestigt war. Durch den Gebrauch dieser kleinen Zierde bekundeten die Teilnehmer resttlos ihre Bereitwilligkeit zum Mitfeiern dieser stillen, besinnlichen Stunde. Der Abend stand unter der Regie unserer Frau Lanzke, welche dann auch mit herzlichen innigen Worten den Sinn der Adventszeit den Zuhörern näherbrachte. Sie schilderte Sitten und Gebräuche in den verschiedenen Provinzen. Auch Frl. Schulz las Dichtungen des stillen Besinnens. Eine Minute des Schweigens wurde den teuren Verstorbenen gewidmet und so nahm man Abschied von der Zeit des Bußtages und des Totensonntags und ging dann mit kindlichem Frohmut in die Vorfreude der Weihnacht, in die Vorfreude zum Feste der Liebe. Frau Lanzke dankte den Damen Schulz und Frau Okowiak, welche bereitwilligst sich für die Vorbereitungen des Festabends mit zur Verfügung gestellt hatten. Dann erhielt jede anwesende Dame einen kleinen Adventsleuchter zum Andenken, man entzündete auch noch diese Lichtlein und sang gemeinsam ein Adventslied, das von Frl. Schulz auf dem Klavier begleitet wurde. Der innige Wunsch des Frauendienstes ist es, den erschienenen Frauen durch diese kleine Feier wieder einmal nahegelegt zu haben, wie wichtig solche Stunden für die eigene Familie sind. Der schönste Lohn der vergangenen Stunden für unsere Frauen war die herzliche, freudige Teilnahme der Herren des Vorstandes der Ortsgruppe Norden sowie der erschienenen Mitglieder der Jugendgruppe.

Adventsfeier des Frauendienstes Berlin-Süd. Eine große, mit Tannengrün, Adventskränzen und Lichtern geschmückte Tafel gibt dem Rahmen ein trautes, feierliches Bild. Zur Einleitung spielte uns Frau Patzer aus „Tannhäuser“, und Frau Bendt las einen kleinen Vorspruch. Hierauf erfolgte der gemeinsame Gesang „Tochter Zion, freue dich!“, und anschließend daran sprach Herr Blume passende Worte aus der Schrift. Dann erklang das Lied, gesungen von den Mädels unserer Jungschar, „Meerstern, ich dich grüße! O Maria hilf! —“ Während der Kaffeetafel erzählte uns Frau Bendt ein kleines Märchen und gab uns darüber Aufklärung, warum die Provinz Posen die Form eines Herzens hat. Mit zwei Gesangsvorträgen, gesungen von Frau Patzer und begleitet von Fräulein Mühle, schloß unsere schlichte, aber doch so schöne Feier.

R.

Frauendienst Anklam (Pom.). Bei einem Familienabend der Frauengruppe des Deutschen Ostbundes trugen zwei junge Ostmärkerinnen stimmungsvolle Gedichte vor. Dann wurde gemeinsam Kaffee getrunken. Die fröhliche Stimmung stieg noch als das von drei Damen gespielte Körnersche Stück „Der Vetter aus Bremen“ über die Bühne ging. Nach einigen Tanzeinlagen folgte ein netter Reigen. Später sang Frau Hermine Neumann einige Lieder, von denen wohl

„Morgen muß ich fort von hier“ ganz besonders gefiel. Schließlich kam in vorgerückter Stunde auch noch Robert Johannes zu Wort, trefflich wiedergegeben von Herrn Friebe. Mehrfach hörte man beim Abschied fragen: „Wann kommen wir wieder so gemütlich zusammen?“

Aus der Tätigkeit der Ortsgruppe Gießen. Die Frauen unserer Ortsgruppe haben sich unter Leitung von Frau Käte Steinreich zusammengeschlossen. Mitte jedes Monats findet ein gemütliches Zusammensein unserer Frauen am Nachmittag auf der Liebigshöhe statt. Der Besuch ist meist gut, und wir haben einen festen Stamm, der bei keiner Veranstaltung fehlt. Bei Kaffee und Handarbeit werden einige Stunden verplaudert, und jede Frau freut sich auf den gemütlichen Nachmittag, wenn die Einladung kommt.

Frauendienst Kassel. Wie in den Vorjahren veranstaltete der Frauendienst auch diesmal am 10. Dezember eine Adventsfeier verbunden mit seinem 3. Jahresfest. Der kleine Saal des Vereinshauses, Kölnische Straße 17, war dicht gefüllt von Mitgliedern der Ortsgruppe und ihren Frauen. Die Jungschar wurde für ihre Bereitwilligkeit, die Veranstaltungen der Ortsgruppe durch Darbietungen zu verschönern, von den Frauen zu Gaste geladen und mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Mit dem gemeinsamen Liede: „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ wurde die Feier eröffnet. Die Saalbeleuchtung erlosch und nur die Adventskerzen auf den geschmückten Kaffeetafeln erhellten mit ihrem Lichte feierlich den Raum. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Pfarrer Pelz, sprach über Jes. 60, 1 und 2: „Mache dich auf und werde licht, denn dein Licht kommt.“ Wie einst, so bedecke auch heut Finsternis das Erdreich und Dunkel die Völker, aber auch heute gelte es wie einst, daß nur das Welt- und Himmelslicht das Dasein des Menschen erhellen könne. Die Vorsitzende des Frauendienstes, Frau Wirth, begrüßte sodann die Erschienenen und dankte allen für ihr Mitwirken. Gleichzeitig gab sie einen Bericht der vergangenen Jahresarbeit des Frauendienstes. Für besonders treue Beteiligung konnte sie fünf Damen mit gestifteten Bücherpreisen bedenken. Viel Schönes und reiche Abwechslung bot dann noch der Abend in seinem weiteren Verlauf. Frau Christoph und Frau Winkler erfreuten durch einige Sologesänge, auch der Lautenchor sang verschiedene Lieder und die Jungschar ließ es an Darbietungen mannigfacher Art nicht fehlen. Frl. Günther hatte zum Besten der Weihnachtsfeier eine Handarbeit gestiftet, die durch amerikanische Versteigerung einen namhaften Beitrag zur Deckung der Bescherungskosten abwarf.

Frauengruppe der Ortsgruppe Köslin (Pom.). Schon seit Jahren hat die Frauengruppe des Deutschen Ostbundes in Köslin von einer eigentlichen Kinderweihnachtsfeier abgesehen und lädt statt dessen die Alten, Kranken und Bedürftigen von den Mitgliedern unter den strahlenden Tannenbaum, wo sie mit Kaffee und Kuchen bewirtet werden und gemeinsam frohe Stunden verleben. So auch in diesem Jahre. Der Schützenwirt hatte freundlicherweise seinen großen, schön geheizten Saal für den guten Zweck hergegeben, und an stimmungsvoll geschmückten Tischen fanden die Geladenen Platz. Gemeinsam gesungene Lieder und Festgedichte brachten bald Weihnachtsstimmung und Weihnachtsfrieden in alle Herzen. Mit warmen Worten begrüßte Frau Friebe, die 2. Vorsitzende der Gruppe, die Gäste. Frau Friebe sprach ihre Freude aus, einer so ansehnlichen Zahl von Mitgliedern — es waren diesmal 25 Familien — Weihnachtsgaben reichen zu können, und bat, das, was mit viel Liebe gegeben und zusammengestellt wurde, auch mit Liebe entgegenzunehmen. Dann gingen alle, nachdem die Gaben verteilt waren, mit warmem Händedruck auseinander. Die Mittel zu dieser sozialen Hilfe sammelt die Frauengruppe im Laufe des Jahres aus eigenen Kräften mit nimmermüden Fleiß teils durch kleine festliche Veranstaltungen, wie das Kinder- und Sommerfest, teils finden sich auch schon Kösliner Firmen bereit, unaufgefordert allerlei zum Besten der Ostbündler zu stiften. Hauptsächlich aber setzt die Werbetätigkeit vor Weihnachten ein, und die Adventfeier der Frauengruppe ist es, die neben den freiwilligen Geldspenden stets den schönsten pekuniären Erfolg bringt. In diesem Jahre war es ein auserlesenes Programm, das mit größter Sorgfalt zusammengestellt war und allen viel Freude machte. Gemeinsamer Gesang leitete das Fest ein. Dann begrüßte Frau Friebe die Bundesschwestern und -brüder, die auch zu der Feier geladen waren. Ein gut gesprochener Prolog ließ aufhorchen, und schon öffnete sich der Vorhang für eine kleine Aufführung „Die Lichtsucherin“. Gemeinsamer Gesang und eine Weihnachtsdeklamation leiteten auf den zweiten Teil des Abends, die Weihnachtsfeier, über. Die prächtig geschmückten Tafeln mit brennenden Adventlichten und der strahlende Tannenbaum zauberten allen Weihnachten vor, wozu noch das Theaterstück „Wenn die Glocken läuten“ mit prächtigem Sologesang, kleinem Reigen und flotter Darstellung beitrugen. Mit warmen Worten dankte im Namen des Hauptvorstandes Herr Schulz der Frauengruppe für ihre Darbietungen und ihre Tätigkeit im verflossenen Jahr, und dann ging es an die Verlosung, für die 175 Preise gestiftet waren. Viel Heiterkeit und Frohsinn herrschten, und erst um Mitternacht gingen alle im Gefühl schön verlebter Stunden heim. Für die Frauengruppe war dieser Erfolg um so wichtiger und ersehnter, als es im Laufe des Jahres viel Not zu lindern gab.

Frauendienst Lübeck. Die Frauen der Ortsgruppe Lübeck haben in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage, in der sich heute der gesamte Mittelstand befindet, von der Veranstaltung einer allgemeinen Weihnachtsfeier absehen müssen. Dagegen wurden die bedürftigen Mitglieder von zwei Damen des Vorstandes besucht und mit Liebesgaben, die zum größten Teile von der Loge zu den goldenen Türmen gestiftet worden waren, bedacht.

Der Frauendienst Magdeburg beging am 13. d. M. ihre diesjährige Adventsfeier. Die 1. Vorsitzende, Frau Scheibner, leitete die Feier mit einer Ansprache über den Advent für alt und jung ein; es folgten einige Deklamationen von Kindern, zwischendurch wurden Adventslieder gesungen. Die Beteiligung war sehr rege und die Feier nahm einen harmonischen Verlauf.

M. Buschan, Schriftführerin.

Umschau.

Mitteilung.

Frau Franzis Gernoth-Eder, Königsberg (Pr.), Hindenburgstr. 18, würde gern, nachdem sie im Frauendienst Berlin-Brandenburg und in der Potsdamer Ortsgruppe ostpreußische Dichtungen zum Vortrag gebracht hat, auch mit andern Ortsgruppen in Verbindung treten. Sie hält sich im Februar in Brandenburg, Pommern und Mecklenburg auf und unternimmt auch sonst des öfteren Reisen ins Reich. Sie erbittet Anfragen an ihre obige Anschrift oder an das Frauenreferat des Deutschen Ostbundes, Berlin-Charlottenburg, Hardenbergstr. 43.

Die älteste Kirche im Memelland.

In Ruß befindet sich die älteste Kirche des Memellandes, die schon auf ein Alter von über 500 Jahren zurückblickt. Mit ihrem trotzigen, starken, nur mit schmalen Luken versehenen Turm sieht sie eher einem Burgturm aus der Ordensritterzeit als einem Gotteshause ähnlich und mag wohl auch in unruhigen Zeiten als Zufluchtsort gedient haben. Einer seltenen Sitte dient der über dem Kirchenschiff der Rußer Kirche befindliche Dachboden. Dicht beieinander stehen dort Särge, die sich Gemeindemitglieder schon bei Lebzeiten kaufen und hier zur Aufbewahrung unterstellen, sämtlich gut verpackt und mit einem Namensschildchen versehen. Manche Särge warten so schon jahrelang auf ihre Bestimmung.

Eine Elisabeth-Böhm-Stiftung.

Im Anschluß an die 70. Geburtstagsfeier der bekannten Vorsitzenden des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine, Elisabeth Böhm-Lamgarben, ist in den einzelnen landwirtschaftlichen Hausfrauenvereinen der Provinz Sachsen ein Kapital gesammelt, dessen Zinsen dazu verwandt werden sollen, jährlich für einige Schülerinnen Freistellen zu den Mädchenlehrgängen der Bauernhochschule Neudietendorf zu gewähren. Die ausgezeichnete erzieherische Einwirkung dieser Bauernhochschule auf die ländliche Jugend wird in immer weiteren Kreisen festgestellt.

16 480 Selbstmorde in Deutschland im Jahre 1928.

Eine furchtbare Zahl: im Durchschnitt täglich 45! Fast jede halbe Stunde, in der wir leben, geht irgendein Mensch verzweifelnd aus unserer Gemeinschaft. Der weitaus größte Teil tut diesen furchtbaren Schritt aus wirtschaftlicher Not. „Unheilbare Krankheiten“ und „Liebeskummer“ spielen nur eine kleine Rolle! Die höchsten Zahlen weisen die Großstädte auf, die höchste Berlin. Deutschland steht in der Zahl der Selbstmorde neben Österreich in ganz Europa an erster Stelle. In erheblichem Abstand folgen dann: Tschechoslowakei, Lettland, Estland, Schweiz, Dänemark und die anderen Staaten. Die Zahl 16 480 ist die höchste Zahl aller bisher festgestellten Selbstmorde in Deutschland.

Bücherschau.

Frauenfragen im ostdeutschen Schrifttum.

Der Senior der ostmärkischen Romanschriftsteller, unser hochverehrter Posener Landsmann und Dichter Max Kretzer, anläßlich dessen 75. Geburtstages im Vorjahr wir eine Sonder-Nummer der „Ostland-Kultur“ herausbrachten, hat seinen 1902 zuerst erschienenen Roman „Sphinx in Trauer“ in neuer Auflage (Glöckner-Verlag Berlin-Wien, Preis geb. 1 M) erscheinen lassen. Ehefragen stehen im Mittelpunkt; ein Arzt, bei seinen Versuchen vom Starrkrampf befallen, wird für tot gehalten und erlebt in diesem Zustand die wahre Gesinnung seiner Nächsten, auch die Untreue seiner Frau, die dann nicht die Kraft zur Sühne findet und, eine Halbe in Liebe, Schuld und Menschentum, nur den kläglichen Ausweg des Todes findet. Packend und mit scharfer, zuweilen an Dostojewski erinnernder Seelenanalyse geschildert.

Der in mährischer Ostmark geborene Walter v. Molo, zu den fähigsten Gestaltern der Gegenwart zählend, greift, aus eigenstem Erleben heraus, daher blutvoll und durch Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit erschütternd, die Ehefrage als Frage des Menschtums unserer Zeit in seinem Roman „Scheidung“ an. (Paul Zsolnay Verlag, Berlin—Wien.) Zwischen geschiedener und neuer Ehe, aber auch zwischen zwei geistigen Epochen stehend, in der Altes und Neues in unausgeglichenen Wallungen ringt, muß der Träger der Handlung zwischen Bitternis und Hoffnung, Enttäuschung, Ekel und Glücksverlangen einen Weg finden, der zum seelischen Wiederaufbau (auch zum inneren Frieden mit seinen Kindern) führt. Es ist, als ob die Zerrissenheit des leidenden Helden sich auch in zuweilen verkrampftem Stil und

brutaler Realistik des ersten Teils des Romans auswirkt, während der zweite, der den Aufstieg bringt, die Erlösung, schlichter, gereifter, gelassener und somit positiver hin- und ausklingt.

Die ostpreußische, in Allenstein tätige Ärztin Dr. med. Lisbeth Mühlpfordt hat ihre Erfahrungen in einem Skizzen- und Novellenbuch gesammelt, das den Titel trägt: „Der kranke Eros.“ (Verlag Fr. v. Strom, Berlin-Tempelhof 2; Preis geb. 4 M.) Sie gibt aufrüttelnde Schilderungen triebverwirrten, kranken Lebens, sucht in dem Dunkel unserer Zeit Heilung in starkem, selbstbesonnenem, entscheidungsbewußtem Menschenwesen und in der Erziehung zur Wahrhaftigkeit, zur Ehrfurcht und zur wirklichen Liebe. — Wir begrüßen die mutige ostmärkische Frau, aus deren Aufzeichnungen ebenfalls viel persönliches Erleben spricht, und wünschen ihr Freude und Erfolg auch auf ihrem Weg als Schriftstellerin und Volkserzieherin. Wir haben solche Frauen sehr nötig!

Von tiefster, edelster, leidgereifter Menschlichkeit kündet der kleine Band: „Es schneiet Rosen“ von Mia Munier-Wroblewska, die den Lesern unserer Frauenbeilage nicht unbekannt ist und von deren Schaffen noch in einer Balten-Nummer unserer „Ostland-Kultur“ gesprochen werden soll. (Verlag Eugen Salzer, Heilbronn. Preis 2,20 M.) Das Dichter- und Könnertum dieser durch die Schmerzen ihrer Ostheimat gegangenen Baltin spiegelt sich in diesen Geschichten, in denen nicht moderne, zeitgebundene, wohl aber die ewigen Frauenfragen zum Ausdruck kommen, vor allem und immer wieder (auch in dem völkischen Rahmen ihres Kurland) in der Tatsächlichkeit der überwindenden, befreienden, heute noch erlösenden Liebe. Dies kleine, recht gut ausgestattete Buch eignet sich als Geschenk für jeden Ostland-Gabentisch.

Zum Schluß sei, wie schon in einer früheren Frauen-Beilage, auf das erzieherische und dichterische Werk der Ostpreußin Gertrud Prellwitz eindringlich aufmerksam gemacht. Ihre „Drude“, den sie den „Roman einer neuen Jugend“ nennt, ist ein wahrhaftes Aufbaubuch. Besonders der 1. Band (schon im 45. Tausend vorliegend) hat die Gemüter erregt und zumal die deutsche Jugendbewegung zur Stellungnahme veranlaßt. Für uns, die wir nicht um Theorien streiten, kommt in allen drei Bänden nur der unbedingte Wille einer ostmärkischen Frau zur Emporführung deutschen Lebens in Betracht. Und darum wünschen wir die Bücher der Prellwitz selbst dorthin, wo sie vielleicht abgelehnt werden. Einer ehrlichen Auseinandersetzung sind sie wert, denn in ihnen wird um das Höchste und Heiligste des Menschentums gerungen. Ihre Romane und Novellen „Sonne über Deutschland“, „Das eigene Ich“, „Schaffende“, „Das Geheimnis hinter Liebe und Tod“, „Ruth“, sämtlich im Maien-Verlag, Stuttgart), sind Bücher der Sehnsucht und über die Sehnsucht hinaus der Führung, der Erfüllung. Und wir hören aus unserer umkämpften Nordostmark, aus dem Lande Kants die Worte: „Eine Welt, in der es Gott gibt — in der es wirklich Gott gibt! Wie ist es wundervoll, in ihr zu leben!“

Dr. Franz Lüdtke.

Worte von Gertrud Prellwitz.

Aus „Drude, Roman einer neuen Jugend, Band 3: Flammenzeichen.“
(Maien-Verlag, Oberhof i. Thür.)

„Zwei Teufelsgesetze herrschen über die Welt, und ihnen gehorcht alles, was Erdenleib trägt. „Geld regiert die Welt“, heißt das eine. Das andere: „Jeder ist sich selbst der Nächste.“ Die bekommt jeder Mensch als Antwort, der die Brüder zu Höherem aufrufen will. Diese furchtbaren Teufelsgesetze beherrschen alles Denken und Fühlen der Menschen, ihre bewußten und noch mehr ihre unbewußten Regungen. Alle Einrichtungen, alle Gewohnheiten, sie werden von diesen Gesetzen gelenkt. Sie machen die Menschen dumm und blind und engherzig und unglücklich. Aber ihnen zu folgen nennt man das Gesunde und Praktische; und niemand wagt sich aufzulehnen gegen den furchtbaren, dunklen Bann.“

*

„Nun aber kommen die Leiden und helfen uns, den Sinn zu wenden. Alle die Demütigungen, sie helfen uns die Kräfte nach innen zu wenden, um dort Hilfe zu finden; all das Unverstandensein, es hilft uns, die Kräfte suchend auszusenden, ob vielleicht von innen ein Verstehen antwortet. Und die Schmerzen des Leibes und Hunger und Angst, sie wecken in uns eine Gegenwehr, da öffnet sich eine Quelle der Kraft, die entdecken wir dabei und kennen sie nun, und sind viel reicher geworden und beglückter durch unser Leiden.“

Frauenbriefe aus Zeiten deutscher Not.

Zu einer Zeit, da die Frau aus dem engen Kreis von Haus und Familie ins öffentliche Leben getreten ist, da sie das Recht zu jeder Betätigung errungen hat und von diesem Recht lebhaften Gebrauch macht, es ist eine andere Frage, mit welchem Erfolg, liegt es nahe, zu fragen, wie sie in früheren Zeiten zu den Dingen außerhalb ihres engen Wirkungskreises stand. Einen Beitrag zu dieser Frage will die Briefsammlung geben, die von Otto Lerch bearbeitet im Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln, erschienen ist; neben diesem sachlichen Zweck steht aber auch ein literarischer Wert, denn „von allen literarischen Betätigungen ist das Briefschreiben die persönlichste und damit auch jeweils die eindrucksvollste Äußerung jeder Frau“. Ja, man kann sogar zu allen Zeiten die Frau als die eigentliche Briefkünstlerin bezeichnen, eine Kunst, die ihr allerdings bei allen Errungenschaften ihrer neuen Stellung verlorenzugehen scheint. Denn zum Briefeschreiben gehören Muße, Selbstbesinnung, ja vielleicht Einsamkeit; die aber liegen unserer Zeit fern und damit auch der Frau, die so mitten in dieser Zeit steht. —

Die Briefe führen von der Reformationszeit bis zur Reichseinheit 1871. Es ist bezeichnend, daß in den ersten beiden Jahrhunderten dieser Zeitspanne fast nur fürstliche Frauen als Schreiberinnen vertreten sind; die Frau hatte noch keine Stellung neben und mit dem Manne, und nur fürstlichen Frauen — meist auch nur Mittel und Werkzeug der Politik — war es wohl einmal möglich, über einen weiteren Kreis zu schauen. Noch um die Wende des 18. Jahrhunderts muß die kluge, lebhafte und leidenschaftliche Elisabeth Staegemann aus der geistigen Enge ihres bürgerlichen Lebens heraus klagen: „Ernsthafte Reflektionen sind einem Frauenzimmerkopf immer nur ein bloßes Wetterleuchten — und wie könnte sie sich klar und zusammenhängend mitteilen, da ihre Begriffe von Amts und Rechts wegen nur dunkel und mangelhaft sein dürfen.“ Dann aber, zur Zeit der Erniedrigung, der Fremdherrschaft und der heranreifenden Befreiung wächst plötzlich ungeheuer der Anteil der Frau jedes Standes am öffentlichen Leben, und die Not der Zeit stellt sie als Kameradin und Mitarbeiterin an die Seite des Mannes. Neben der Königin Luise mit ihrer leidenschaftlichen Anteilnahme an den nationalen Dingen stehen die Frauen literarischer Kreise, steht Eleonore Prochaska, die als freiwilliger Jäger August Renz im Lützowschen Freikorps bei Dannenberg fiel. Seitdem hat sich die Frau das Recht der Anteilnahme nicht mehr nehmen lassen, wenn sich auch in den Jahrzehnten nach dem Befreiungskriege mit ihrer vergeblichen Hoffnung auf Einheit und innere Freiheit das Interesse mehr auf soziale oder rein geistige Dinge beschränkte. Es führt eine fast gerade Linie von dieser geistigen Befreiung der Frau zu der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die ihr eine früher ungeahnte Freiheit und Selbständigkeit gaben.

Gerade jetzt aber, wo die Frau sich noch oft innerlich mit dieser ihrer neuen Stellung auseinanderzusetzen hat, ist dies Buch von besonderem Interesse. Es geht nicht systematisch vor, und die zeitliche Einteilung ist ein nur loser Rahmen. Auch fehlen nicht die Stimmen der Frauen, „die sich ganz unbekümmert um Zeit und Welt allein ihren eigenen kleinen Dingen gewidmet haben“. Aber gerade dadurch wird das Ganze anschaulich und eindrucksvoll, nicht eine Sammlung geschichtlicher Dokumente, sondern farbiger und lebendiger Bilder.

Man kann nur hoffen, daß die Absicht von Herausgeber und Verlag, diesem Band eine Sammlung von Briefen aus den letzten Jahrzehnten folgen zu lassen, verwirklicht wird.

J. Sch.

Hermann Stehr. Die Geschichte eines Lebens und seines Werkes. Von Willibald Köhler. Verlag L. Heege, Schweidnitz. (Geb. 3 M.)

Als Band 8 der „Schlesischen Bücher“ erscheint diese Würdigung des schlesischen Dichters und Gottsuchers, der (1864 in Habelschwerdt geboren, jetzt in Warmbrunn ansässig) im Vorjahr seinen 65. Geburtstag — unter vielfachen Ehrungen — feiern konnte. Willibald Köhler wird zum warmherzigen Wegbereiter einer Persönlichkeit, mit der sich nach seiner Meinung nicht nur jeder Schlesier, sondern jeder Europäer und jeder Mensch auseinandersetzen müsse. „Kennt einer die schlesische Landschaft und ihre Menschen, die geheimnisvollen Zusammenhänge dieser beiden ohne das Werk Hermann Stehrs?“ Wenn auch manchem solche Äußerungen gewagt erscheinen mögen, so zeugen sie doch von der Wertung eines, der bisher noch nicht völlig gewertet wurde und dessen „Werk ein ununterbrochenes, nirgends endendes Bekenntnis“ ist. Besonders warm wirkt Köhlers Buch dadurch, daß er an jeden der fünf biographischen Abschnitte eine Anzahl Dichtungen Stehrs (Vers und Prosa) anfügt; Leben und Werk — nach Stehr selbst dasselbe — fließen so wirklich ineinander. „Das Leben ist gut.“ In dieser Gewißheit mündet der Dichter, in dem das Erbe Jakob Böhmes neu ersteht. Aber nicht nur der Mystiker, der Gottsucher und Gottfinder, spricht zu uns, sondern auch der Ostmärker: „Es komme, wie es wolle. Nie, nie werden wir auf das geraubte Oberschlesien verzichten, nie, solange sich noch ein Arm bewegt und noch ein deutsches Herze schlägt.

Dr. L.

Tempo moderato. Von H. von Beaulieu. Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln.

„Aus einem Leben, das Zeit hatte“, nennt die Verfasserin diese Gespräche, Skizzen und Betrachtungen. Die kleinen und doch oft tiefen Dinge des Alltags, Dinge, denen man täglich begegnet und an denen man meist vorübergeht, werden mit einer überlegenen Heiterkeit behandelt und ihnen Sinn und Reiz abgewonnen. Aber auch um die größeren Fragen der Zeit geht es, nach dem Sinn dieser Zeit wird gesucht, und der Hast, Mechanisierung und Gedankenlosigkeit werden andere Werte gegenübergestellt. Die Sprache ist künstlerisch durchgearbeitet. Es ist ein „unmodernes“, ein feines und gütiges Buch. Besonders Frauen werden Freude daran haben.

J. Sch.

Vier Worte.

Vier Worte gibt es, die keinen gleich,
Und jedes erschließt dir ein herrliches Reich,
Mutter, Vater, Sprache, Land.
Umschlingst du je zwei mit innigem Band,
Dann winken dir mit treuer Hand:
Muttersprache — Vaterland!

Maria Stona.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Frau Ruth Heerdegen, Berlin-Mariendorf. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf: Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co., G. m. b. H., Berlin SW 68.

Versicherungswesen.

Kursentwicklung der Schuldbuchforderungen.

Nachdem im Monat Dezember v. J. die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen ihren Tiefstand erreicht hatten, trat im Laufe dieses Monats infolge Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes eine erhebliche Kurssteigerung der Schuldbuchforderungen in einem Ausmaße von ungefähr 4 bis 6 v. H. ein.

Am 21. d. M. wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt:

1930	etwa 98½ v. H.	1937	etwa 76 v. H.
1931	„ 94½ v. H.	1938	„ 74 v. H.
1932	„ 91 v. H.	1939	„ 73,5 v. H.
1933	„ 87 v. H.	1940	„ 72 v. H.
1934	„ 84 v. H.	1941	„ 72 v. H.
1935	„ 82 v. H.	1942	„ 71 v. H.
1936	„ 79 v. H.	1943/48	„ 69,5 v. H.

Bundesnachrichten.

Die nächste Bundesversammlung

soll laut Beschluß des Bundespräsidiums Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. April, in **Berlin** stattfinden. Am Freitag nachmittag geht eine vertrauliche Besprechung der Landesverbandsvorsitzenden über Organisationsfragen voraus. Wir bitten schon heute, die erwähnten Tage sich frei zu halten. Nähere Mitteilungen ergehen noch.

Ein neuer Tarif der Ostbund-Sterbekasse.

Auf Anregung einiger Landesverbände und Ortsgruppen unseres Bundes haben wir uns entschlossen, einen für unsere Mitglieder sehr günstigen **weiteren Tarif** abzuschließen. Nach diesem ist unsern Mitgliedern und deren Ehefrauen die Möglichkeit gegeben, bei uns Sterbegeldversicherungen abzuschließen, bei denen **nur eine 25-jährige Beitragszahlungsdauer** vorgesehen ist. Die Versicherungssumme wird fällig beim Tode des Versicherten. Für je 300 RM. Sterbegeld beträgt der vierteljährliche Beitrag, falls die Beitragszahlung bis zum Tode, längstens jedoch 25 Jahre, erfolgen soll, in den Altersgruppen

A: 20—30 Jahre 1,65 RM., B: 31—35 Jahre 1,95 RM., C: 36 bis 40 Jahre 2,25 RM., D: 41—45 Jahre 2,65 RM., E: 46—60 Jahre 3,15 RM., F: 51—55 Jahre 3,90 RM., G: 56—60 Jahre 4,95 RM.

Nach **diesem** Tarif können Mitglieder **bis zu 60 Jahren** aufgenommen werden, dagegen werden nach unserm **alten** Tarif Mitglieder **bis zu 70 Jahren** aufgenommen. Die Zahlung der Beiträge dauert bis zum Tode der Versicherten, längstens bis zur Vollendung des 85. Lebensjahres, und die Beiträge für je 300 RM. sind zu zahlen wie folgt in den Altersgruppen

A: 20—30 Jahre 1,35 RM., B: 31—35 Jahre 1,65 RM., C: 36 bis 40 Jahre 2,10 RM., D: 41—45 Jahre 2,40 RM., E: 46—50 Jahre 3 RM., F: 51—55 Jahre 3,75 RM., G: 56—60 Jahre 4,80 RM., H: 61—65 Jahre 6,30 RM., J: 66—70 Jahre 8,55 RM.

Im übrigen bleiben die Versicherungsbedingungen bei dem neuen Tarif dieselben wie bei der bereits bestehenden Versicherung.

Wir empfehlen unsern Mitgliedern, auch von dem **neuen** Tarif recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Auskunft geben die Vertrauensmänner unserer Ortsgruppen, auch ist die Bundesleitung, Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, gern bereit, weitere Auskunft zu geben.

Wir wollen noch bemerken, daß seit dem Bestehen der Sterbekasse in 75 Fällen 27 900 RM. ausgezahlt worden sind.

Anfragen an die Hauptgeschäftsstelle.

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß Anfragen usw. an die Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Ostbundes zweckmäßigerweise von den einzelnen Mitgliedern über die Ortsgruppen und von den Ortsgruppen über die Landesverbände geleitet werden. Den Anfragen von Einzelmitgliedern müssen Freimarken beigefügt werden.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Mitte hielt am 8. Januar ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Die Versammlung wurde eingeleitet durch einen fesselnden Vortrag von Frl. Hedwig **Bukofzer** über das weitverzweigte Gebiet der modernen Lebensversicherung. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich die Vorführung des Ufa-Kulturfilms mit dem Titel „**Vorsorge schützt vor Sorge**“ an. In abwechslungsreichen Bildern, die dem praktischen Leben entnommen sind, wurde gezeigt, wieviel sorgloser das Leben ist, wenn man daran denkt, daß für jeden einmal die Zeit kommt, wo man sein Lebenswerk beschließt und die Tage des Alters sorgenfrei verbringen will. Der Film fand reichen Beifall. Im geschäftlichen Teil wurden Jahresbericht und Rechnungslegung genehmigt und die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Über die Kundgebung des Deutschen Ostbundes im „Ulap“ zum deutsch-polnischen Handelsabkommen wurde eifrig diskutiert und schwere Bedenken gegen das Inkrafttreten dieses Vertrages geltend gemacht. Herr **Lippmann**, der viele Jahre in Beuth Stadtverordneter war, sprach dem Vorstande den Dank für seine mühevolle Tätigkeit aus und betonte, daß wir den leitenden Herren des Ostbundpräsidiums Dank für ihre segensreiche Tätigkeit im Dienste der ostmärkischen Flüchtlinge schulden.

Die Ortsgruppe „Verein heimattreuer Schmiegeler“ in Berlin feierte am 5. Januar ein wohlgelungenes Weihnachtsfest. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel und der Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Herrn Telegraphensekretär **Rehling**, wurden zwischen den gemeinsamen Gesängen der alten Weihnachtslieder von verschiedenen Kindern hübsche Weihnachtsgedichte aufgesagt. Herr Landmann Lehrer **Heinicht** trug Jugenderinnerungen von den Schmiegeler Weihnachtsgebräuchen und Weihnachtsfeiern vor, die reges Interesse fanden. Alsdann sprach Fräulein Ursula **Schleifing** als Weihnachtsfee den von Herrn Landsmann **Silbernagel** (Neiße) gedichteten Prolog und geleitete mit zwei Weihnachtsengeln das Christkind (Ursel **Bressel**), in dessen Gefolge sich Knecht Rupprecht (Herr Hermann **Senftleben**) mit seinen Gaben befand, in den Festsaal. 72 Kinder erhielten reichgefüllte Weihnachtstüten, auch die Erwachsenen wurden bedacht. Nunmehr erfolgte die Verlosung der Tombola, die infolge von hochherzigen Spenden der Gönner des Vereins reich beschickt war. Ein Tanz beschloß das schöne Fest. Die alten und bedürftigen Landsleute in der Schmiegeler Heimat hat der Verein zu Weihnachten mit besonderen Gaben erfreut.

Die Ortsgruppe Oranienburg hat am 7. Januar ihre Generalversammlung abgehalten. Der alte Vorstand ist wiedergewählt worden. (1. Vorsitzender Herr Bankbeamter Otto **Hinz** in Oranienburg, Hubertusstr. 6.) Es ist die Beschaffung einer Fahne beschlossen worden. Die Weihe soll mit einer großen ostmärkischen Kundgebung am 1. Juni stattfinden. Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses, der hierfür eingesetzt worden, ist Herr **Glatzer** sen. in Oranienburg, Jägerstr. 10. Ferner wird am 15. Februar ein Maskenball veranstaltet.

Die Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf hat am 9. Januar ihre Generalversammlung im Vereinslokal „Zum Steinacker“, Seestr. 44, abgehalten. Nach Erstattung des Kassenberichts ist dem Vorstand die Entlastung erteilt worden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Herr Adolf **Bach** in Niederlehme; 2. Vorsitzender und Berater: Herr Oskar **Böhmer** in Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 47; 1. und 2. Schriftführer die Herren **Ziesner** und **Piewecki**; 1. und 2. Kassierer: die Herren **Meier** und **Scherer**; Beisitzer: Herr **Neufeld**. Die Abhaltung eines Fastnachtskränzchens soll in der nächsten Monatsversammlung zur Beschlußfassung gelangen, weshalb diese ausnahmsweise eine Woche vorher stattfinden soll, und zwar am Donnerstag, 6. Februar, abends 8 Uhr.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Schwiebus. Die Januarversammlung war allein dem Gedenken der vor zehn Jahren entrissenen ostmärkischen Heimat geweiht. Nach einleitender Musikdarbietung sprach der Vorsitzende, Eisenbahnsekretär **Rutschke**, über die Hoffnungen und Befürchtungen, die der Ostmärker am Jahresbeginn hinsichtlich seiner Heimat hat. Er innerte an die Zeit vor zehn Jahren: Der Grenzschutz wartete auf den Tag der Rückeroberung der Provinz Posen. Daß dies gelungen wäre, stand außer Zweifel. Aber auf höheren Befehl mußte das Vorhaben unterbleiben. Redner gedenkt der in den Grenzkämpfen gefallenen deutschen Brüder und derjenigen, die jenseits der Grenze ausharren. Er weiht ihnen eine Minute stillen Gedenkens. Hindenburgs Abschiedsgruß vor zehn Jahren kommt zur Verlesung. Anknüpfend an den öffentlichen Aufruf der Bundesleitung, ermahnt der Vorsitzende zum treuen Zusammenhalten zur Erreichung des großen Zieles: Stärkung des Deutschtums und Abänderung der unhaltbaren Grenze. Heimatliebe und Heimattreue werden sich einst stärker erweisen als alle internationalen Verträge. Es kommt noch der Landverkauf in Woynowo zur Sprache. An die Bundesleitung wird eine einstimmig gefaßte Entschließung gesandt, in der sie aufgefordert wird, alles zu tun, um ein weiteres Vordringen der Polen in den Grenzgebieten zu verhindern. Musikvorträge der Hauskapelle geben der Erinnerungsstunde den Abschluß.

Die Ortsgruppe Zielenzig feierte am 15. Dezember das Weihnachtsfest. Eine freudig gestimmte Schar von 37 Kindern konnte nach Theateraufführungen die ihnen zugedachten Gaben empfangen. In der Festansprache gedachte der Vorsitzende Herr **Haack** nach Begrüßung der Ortsgruppe Königswalde, die durch ihren Vorsitzenden Herrn **Ullrich** nebst Frau Gemahlin vertreten war, auch der Schwester und Brüder jenseits der Grenze und richtete an die Festversammlung die mahnenden Worte „Haltet fest an der Liebe zur alten Heimat und an dem treuen Glauben, daß sie einst wieder unser wird“. Nach dem Vortrag von Weihnachtsgedichten, zwei netten Kinderspielen und einem Festspiel folgten Kaffeetafel und Verlosung. Den Abschluß bildete ein geselliges Beisammensein in der gemütlichsten Weihnachtsstimmung. — In der Jahresversammlung am 9. Januar 1930 wurden nach Erledigung des geschäftlichen Teils die satzungsgemäß aus dem Vorstand scheidenden Mitglieder, und zwar Herr **Haack** als 1. Vorsitzender, Herr **Malirs** als 1. Schriftführer, Herr **E. Dirks** als 2. Kassierer wiedergewählt und Herr **Notdurft** als

Beisitzer neugewählt. Die Versammlung beschloß, am 13. Februar 1930 einen Lichtbildervortrag „Die Provinz Posen“ halten zu lassen.

Landesverband Grenzmark Posen-Westpreußen.

Ortsgruppe Schneidemühl. Zu einer Weihnachtsfeier hatte am 27. Dezember die Gesangsabteilung ihre Mitglieder eingeladen. Die Feier wurde eingeleitet mit der Fest-Jubel-Ouvertüre, die von Freunden des Ostbundes in musterhafter Weise vorgetragen wurde. Nach dem gemeinsam gesungenen Liede „Vom Himmel hoch“ begrüßte der Vorsitzende die Erschienenen. Vom Chor wurden dann unter Leitung des Lehrers Guse mehrere Weihnachtslieder stimmungsvoll zu Gehör gebracht. Von zarten Kinderstimmen wurden einige Weihnachtsgedichte beim brennenden Weihnachtsbaum vorgetragen. Eine Kaffeetafel mit anschließendem gemütlichen Beisammensein beschloß den schönen Abend.

Landesverband Ostpommern.

Die **Ortsgruppe Köslin** feierte am 18. Januar im großen Saal des Konzerthauses bei größter Beteiligung ihr Stiftungsfest, das einen sehr schönen Verlauf nahm. Bundespräsident Ginschel hielt die Festrede und überreichte dem Vorsitzenden der Ortsgruppe, Herrn Stadtrat und Fabrikbesitzer Adolf Krause, der zugleich Vorsitzender des Landesverbandes Ostpommern ist, unter warmer Anerkennung seiner Verdienste die silberne Ehrennadel des Deutschen Ostbundes.

Tags darauf hielt Bundespräsident Ginschel einen Vortrag über die Ostfragen bei einer großen Kundgebung der Ortsgruppe Bütow, die so zahlreich besucht war, daß die Besucher Kopf an Kopf bis weit in den Flur hinein standen und viele umkehren mußten. Allerhand künstlerische Darbietungen verschönten die prächtig gelungene Kundgebung, von der der „Bütower Anzeiger“ sagt, daß die Grenzstadt Bütow etwas ähnliches nur selten erlebt habe. Wir kommen auf beide Veranstaltungen noch eingehender zurück.

Landesverband Ostpreußen.

Die Ortsgruppe Tilsit hielt am 29. Dezember ihre Weihnachtsfeier ab. Eingeleitet wurde die Feier durch einige Musikstücke. Der Festvorsitzende, Kriminal-Oberinspektor Potschka, gedachte der alten Heimat und der dort kämpfenden Brüder und Schwestern. Nach einem gemeinsamen Lied hielt Pfarrer Maaß eine zu Herzen gehende Weihnachtsansprache unter Zugrundelegung des Wortes des Apostels Johannes: „Wir sahen seine Herrlichkeit.“ Herr Rehfeld jun. brachte aus einem Zyklus „Die Hirten“ und „Die Könige“ von Cornelius sinnreich zu Gehör. Anschließend folgte das Adventspiel der „Dienenden Liebe“ unter gütiger Leitung von Frl. Sigrid Maaß (am Klavier Herr Frischmann) „Die Weihnachtskantate“ von Reinicke. Viel Fleiß und Ausdauer hatten die Damen der „Dienenden Liebe“ aufgewendet, reicher Beifall wurde ihnen gezollt. Noch zweimal trat die „Dienende Liebe“ auf, um die Anwesenden zu erfreuen. Dann kam endlich der Weihnachtsmann. Zum Dank sangen die Kleinen „Vom Himmel hoch“. Paul Rehfeld brachte noch das Couplet „Lausbub Fritze“, das große Heiterkeit erregte. Es folgte nun der Austausch der Geschenkpäckchen.

Die Ortsgruppe Trempen feierte unter Teilnahme zahlreicher Freunde und Gönner ihr Weihnachtsfest. Die Festaufführung „Der Scholle entrissen“ (Ostpreuß. Heimatstück) zeigte die innige Schicksalsverbundenheit der hiesigen einheimischen Bevölkerung mit den Verdrängten. Ebenso der Vorspruch „Flüchtlings-Weihnachten“ und die lebenden Bilder „In Sibirien“, „Auf der Flucht“ und „Wieder in der Heimat“. Für die Kinder bildete die Bescherung mit nützlichen Gegenständen den Höhepunkt des Festes.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Die Ortsgruppe Leipzig beging am 11. Januar im Vereinshaus Südbräu ihr diesmaliges Weihnachtsfest. Durch den Posaunenchor der hiesigen Heilandsgemeinde erfolgte die stimmungsvolle Eröffnung. Ihm folgten Deklamationen und Gesänge von Weihnachtsliedern durch Kinder und ein Mitglied der Jugendgruppe sowie ein sehr stimmungsvoll zum Vortrag gebrachtes Märchenspiel unserer Jungschar. Der echte ostmärkische Weihnachtsmann erfreute die Kleinen durch süße Gaben und führte sie an den reich gedeckten Weihnachtstisch. Lustige Tänze und Weihnachtsspiele entfesselten bei der kleinen Schar jubelnde Begeisterung. Doch auch die Großen sollten auf ihre Rechnung kommen, denn der echte sächsische Weihnachtsmann verteilte an viele Teilnehmer mit humoristischen Verschen verdiente Auszeichnungen, die sich den Schwächen der einzelnen vorzüglich anpaßten. Am Sonntag, den 9. Februar, findet im Anschluß an die Landesverbandstagung ein bunter Abend statt.

Landesverband Bezirk Magdeburg.

Die Ortsgruppe Schoenebeck a. E. feierte am 11. Januar ihr achtes Gründungsfest. Die Mitglieder waren zahlreich erschienen; auch Gäste hatten sich eingefunden. Der Vorsitzende, Zollsekretär Neumann, gab einen Rückblick über die acht Jahre des Bestehens der Ortsgruppe. Pfarrer Ahlemann mahnte in der Festrede zur Treue der Heimat, dem Vaterland, der verlorenen Ostmark gegenüber. Der Deutsche Ostbund ist der neue Ritterorden, der das preisgegebene Land wieder erobern soll, zunächst im Herzen, in der Liebe aller Volksgenossen, wodurch der endlichen Befreiung die Wege geebnet werden müssen. Kein schlafendes Heer, sondern wacher Grenzschutz und eine unermüdliche Kampftruppe bis an den Sieg will er sein! Der Gesang des Deutschlandliedes besiegelte diesen Willen. Ein Mundharmonikareigen ostmärkischer Jungmädchen folgte, frische Weisen erklangen. Dann ging als Erstaufführung das Ostmärkische Heimatspiel, das Pfarrer Ahlemann eigens für unsern Ostbund und seine Ortsgruppen geschaffen hat: „Wir halten das Land!“, über die Bühne. Es erzählt in flammender Handlung vom Leid der Tage, da die Ostmark verloren ging, von seelischer Not und sorgenerschütternden Kämpfen der deutschen Menschen, die, halb zerbrechend, dennoch sich durchringen zu dem entschlossenen Willen: „Mag kommen, was will, wir halten das Land der Väter!“ Es wurde mit ganzer Seele gespielt und der Eindruck war tief und nachhaltig und erhebend. Frohsinn und Geselligkeit hielt den heimatverbundenen Kreis bis in die frühen Morgenstunden beisammen.

Landesverband Sachsen-Anhalt.

Die Ortsgruppe Halle II hielt am 7. Januar ihre Sitzung ab, in der Herr Studiendirektor i. R. Justus Baltzer (früher Kattowitz) einen belehrenden Vortrag über Oberschlesien: Geschichtliches — Wirtschaftliches — Selbsterlebtes hielt. Nur 164 Jahre hat Oberschlesien zu Polen gehört. Alle gegenteiligen Behauptungen der Polen sind Geschichtsfälschungen. Friedrich der Große hat durch Heranziehung deutscher Ansiedler, Gründung von allerlei Fabriken und Hebung des niederen und höheren Schulwesens die Grundlage zur späteren Blüte des Landes gelegt. Er hat die Ausbeutung der dort lagernden reichen Bodenschätze begonnen. Oberschlesien hat vor dem Kriege ¼ der gesamten deutschen Kohle geliefert. Die Folge des Versailler Diktats ist es gewesen, daß der kulturelle Zustand beider Teilgebiete durch: Hier Europa — dort Asien! gekennzeichnet wird; der Franzose Valmigère hat diese unsinnige Grenzziehung eine „Verlegenheitstat“ genannt. Anschließend hob der Vorsitzende, Gymnasialdirektor a. D. Dr. Liman, Henriettenstr. 21 a, die deutsche Verbundenheit mit dem gepeinigten Lande hervor. Auf ein Angebot eines ostmärkischen Landsmannes wurden für das „Deutsche Denkdaran“ Bestellungen gemacht; eine Serie Postkarten „Grenzstein Schneidemühl“ soll nachbestellt werden. Desgleichen sollen auf einen Notschrei einer Thorner Schwester hin verschiedene Barmittel für die notleidende deutsche Schuljugend in Polen gesammelt werden.

Ortsgruppe Nordhausen. Unter überaus zahlreicher Beteiligung konnte die Ortsgruppe ihre Weihnachtsfeier begehen. Nach herzlichen Begrüßungsworten des Vorsitzenden Jagodzinski und einem ostmärkischen Weihnachtsvorspruch, vorgetragen von Frl. P. Wozny, sprach Herr Superintendent Hammer über das Land im weiten Osten. Herr Matthes erfreute als Gast mit einem Flötensolo. Gedichtsvorträge (Kurt Jagodzinski und Ruth Matthes) und Bühnenbilder, zu denen Frl. P. Warmke sprach, leiteten zu einem Bühnenspiel über, das in die Notzeit des Polenaufstandes versetzte. Die Kinder wurden beschenkt. Tanzkränzchen und Kaffeetafel beschlossen die Feier. Die Landsleute Kellermann, Eichler, Riebschläger jun. und W. Warmke trugen eine Reihe vortrefflicher, von Landsmann Kellermann verfaßter Verse vor. Allen Helfern und Stiftern (den Herren Willig, Buchmann, Jericho-Crimderode, Frau Gerlach) gebührt herzlicher Dank.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Goslar. Am 29. Dezember vereinte eine stille Weihnachtsfeier unsere Mitglieder. In der Begrüßungsansprache hob der Vorsitzende, Katasterinspektor Rappmann, Grauhöferstr. 8, besonders hervor, daß das Weihnachtsfest nur dann als ein Familienfest gewertet werden kann, wenn wir Ostmärker uns als eine einzige große Familie verbunden fühlten. Anschließend wurde von Frl. Schiemann ein Vorspruch in besonders eindrucksvoller Weise gehalten. Auch der Kindervortrag „Drei Weihnachtslichter“ wirkte äußerst stimmungsvoll. Die Pausen wurden durch musikalische Darbietungen und gemeinsam gesungene Weihnachtslieder ausgefüllt. Der Weihnachtsmann beglückte jedes Kind mit einem kleinen Paketchen. Am Schlusse fand noch eine Verlosung statt.

Landesverband Hessen-Nassau.

Die Ortsgruppe Frankfurt (Main) feierte am 22. Dezember das von der Frauengruppe vorbereitete Weihnachtsfest. Die beiden Säle im Kaffee Schneider reichten knapp aus, um die vielen Teilnehmer aufzunehmen. Nachdem die Vorsitzende des Frauendienstes, Frau Prager, alle Teilnehmer und Gäste begrüßt und den Spendern der reichlichen Gaben den Dank abgestattet hatte, führte eine fröhliche Kinderschar das Märchenspiel „Lumpengretel“ auf. Jubelnder Beifall belohnte die kleine Künstlerschar. Die Weihnachtsrede Herrn Graffas versetzte uns im Geiste in die glitzernden Tannenwälder der Heimat. Hierauf wurden die Kinder an den Gabentisch geführt und beschenkt. Eine humoristische Verlosung mit anschließendem Tanz hielt die Teilnehmer noch längere Zeit in froher Weihnachtsstimmung beisammen. — Die am 6. Januar abgehaltene Generalversammlung wählte einstimmig Herrn Mittelschullehrer Prager wieder zum 1. Vorsitzenden und Herrn Stadtbaumeister Kühne zum Stellvertreter. Kassenführer bleibt Herr Lehrer Graffa, den Schriftführerposten übernahm Herr Lehrer Reitzig. Herr Schulrat Weißenstein, unser ständiger Referent für politische Fragen, verwaltet die von ihm geschaffene Bücherei. Herr Lehrer Wendt bleibt Leiter der von ihm begründeten Jugendgruppe. Zu Beisitzern wurden wieder- bzw. neugewählt: Frau Ballettmeisterin Funck und die Herren: Eisenbahnobersekretär Burk, Häfner Dauner, Universitätsprofessor Dr. Giese, Mittelschullehrer Kunna, Landmesser Powils, Kaufmann Schön und Eisenbahnangestellter Steinert. Die Mitgliederzahl mit etwa 180 beitragzahlenden und 6 beitragsfreien Mit-

gliedern befindet sich in aufsteigender Linie. Der vom Vorstand vorgelegte Arbeitsplan für 1930, der eine Anzahl öffentlicher Werbe- und Vortragsabende vorsieht, wurde angenommen. Der Wahlkommissar, Herr Postbauinspektor Kreß, erstattete den Dank der Versammlung. — Die sehr rührige Ortsgruppe hat in letzter Zeit einen Zugang von 9 Mitgliedern zu verzeichnen.

Landesverband Wasserkante.

Ortsgruppe Lübeck. Auf Einladung der Ortsgruppe Lübeck, deren Vorsitzender seit kurzem Kaufmann Alfred Dümke, St. Jürgenring 26 (früher Posen) ist, weilte am 18. November Bundespräsident Dr. Lüdtke zu einer Besprechung über die Belebung des ostmärkischen Geistes in der alten, einst für die Ostkolonisation so bedeutungsvollen Hansestadt. Außer dem Vorstand der Ortsgruppe nahmen Vertreter anderer Ostverbände, des V. D. A., der Presse und verschiedene einheimische Persönlichkeiten teil. Dr. Lüdtke entwickelte die Bedeutung der gesamten Ostfragen und gab ein Bild von der zehnjährigen sachlichen Arbeit des Deutschen Ostbundes. An der sehr regen Aussprache beteiligte sich die Mehrzahl der Erschienenen; übereinstimmend wurde gewünscht, daß unter Führung des Deutschen Ostbundes die Behandlung der Ostfragen in Lübeck einen neuen Auftrieb erfahren müsse. Für eine gemeinsame große Kundgebung stellten sich die erschienenen Verbände einhellig zur Verfügung. Herr Dümke, der mit herzlichen Dankesworten die Verhandlungen abschloß, wird die weiteren Vorarbeiten in die Hand nehmen.

Landesverband für beide Mecklenburg.

Die Ortsgruppe Rostock beging am 29. Dezember ihre Weihnachtsfeier, die durch eine Ansprache des 1. Vorsitzenden, Ing. R. Virus, Eschenstr. 13, eröffnet wurde, in der er besonders die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Heimatvebände unter der Führung des ersten Vorsitzenden, Herrn Kaufmann, begrüßte. Die Aufführungen begannen mit der Weihnachtslegende; andere Weihnachtsvorträge schlossen sich an. Der Vortrag einiger Musikstücke, die von Kindern auf Geige mit Klavierbegleitung sehr gut zu Gehör gebracht wurden, fanden allgemeinen Anklang; reicher Beifall lohnte die kleinen Künstler. Dann folgte die Bescherung der Kinder, die mit großer Freude die ihnen zugedachten Überraschungen in Empfang nahmen. Um nun die Großen nicht leer ausgehen zu lassen, verteilte der Weihnachtsmann Pakete für jung und alt, deren Inhalt oft große Heiterkeit erregte. Bis Mitternacht blieben die Teilnehmer in gemütlichster Stimmung zum Tanze zusammen.

Ortsgruppe Waren. Die Januarversammlung war besonders stark besucht. Auch weit entfernt wohnende ländliche Mitglieder waren erschienen. Ein Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre eröffnete die Versammlung. Die Vorsitzende, Frau Direktorin Wegener, erinnerte an die zurückgelegte Spanne Zeit, die mit dem 10. Januar 1920 begann, an das schwere Schicksal der verdrängten Siedler, denen der Pole in Hof und Stall und Haus eindrang, die er buchstäblich mit Greisen und Säuglingen auf die Straße setzte, die in Lagern lebend, des richtigen Familienlebens entbehrend, lange suchen mußten, ehe sie die Stelle fanden, an der sie neu verwurzeln konnten. Das vergangene Jahr brachte endlich Erleichterungen im Lebenskampf. Und dankbar schaut der Ostbund rückwärts, dankbar für die göttliche Durchhilfe, dankbar für das staatliche Wohlwollen und dankbar für die Verankerung in unseren führenden Männern, deren kraftvolle Führung in zehn Jahren immer dieselbe geblieben ist. Der Aufruf des Präsidiums des Deutschen Ostbundes zum 10. Januar kam zur Verlesung. Ausblickend auf das Jahr 1930 sprach die Vorsitzende von der Hoffnung der Ostmärker, daß Verhandlungen über die Ostgrenzen beginnen werden, und über die Notwendigkeit zur Bildung von Wirtschaftsgenossenschaften. Jeder einzelne Haushalt in Mecklenburg müßte dazu beitragen, daß der dänische Markt zurückgedrängt wird, die ländlichen Haushaltungen durch erhöhte Produktion, die städtischen Haushaltungen dadurch, daß sie nur deutsche Ware kaufen. Ein freundliches Schreiben von Herrn Präsidenten Ginschel mit guten Wünschen für die Ortsgruppe Waren kam zum Schluß zur Verlesung. Der sich daran schließende nichtoffizielle Teil sah danach die Mitglieder mit manchen einheimischen Gästen vereinigt bei fröhlichem Tanz und geselligem Geplauder.

Aus der Arbeit befreundeter Verbände.

Die „Arbeitsgemeinschaft Ostpreußischer Regimentsvereine in Berlin“, zu der 36 Vereine und Offiziersvereinigungen gehören, ernannte in ihrer letzten Festsitzung die Kameraden Hofprediger D. Bruno Doehring, General Hans von Felgenhauer, Oberpostsekretär Otto Kochmann, Oberpostrat im Reichspostministerium Ewald Müller, die sich in Wort und Schrift um die Belange der schwergeprüften Heimat Ostpreußen höchst verdient gemacht haben, einstimmig zu Ehrenmitgliedern. Am Freitag, den 28. Februar 1930, veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft im „Kriegervereinshaus“ einen „Ostpreußenabend“. Der hervorragend schöne Film „Die Insel Ostpreußen“ (etwa 1100 Meter lang) soll u. a. gezeigt werden, ferner im Lichtbild eine Reihe prächtiger Aufnahmen vom „Tannenberg-Nationaldenkmal“, dem Reichsehrenmal im Osten. Namhafte Vertreter Ostpreußens werden auf die Notlage der Provinz hinweisen. Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pf. erhoben. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin-Wilmersdorf, Binger Straße 87, III.

Ostmärkische Heimatnachrichten.

Hugo Dümke 60 Jahre alt.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Leipzig und Vorstandsmitglied des Landesverbandes Freistaat Sachsen, Dekorationsmaler Hugo Dümke, vollendet am 18. Februar sein 60. Lebensjahr. In Posen geboren, besuchte er dort das Realgymnasium und erlernte das Malerhandwerk, ging auf einige Jahre nach Berlin, um sich am dortigen Kunstgewerbemuseum zum akademischen Dekorationsmaler auszubilden. So für seinen Beruf umfassend vorbereitet, gründete er im Januar 1899 in der Stadt Posen ein Malergeschäft, welches dank seiner Tüchtigkeit bald nicht nur das größte und angesehenste der Provinzialhauptstadt, sondern der ganzen Provinz wurde. 1919 wurde er in Szcypiorno interniert. Im Mai 1922 mußte er, durch systematischen Boykott gezwungen, seine angestammte Heimat verlassen und kam nach Leipzig, wo es ihm nach verschiedenen vergeblichen Versuchen gelang, festen Fuß zu fassen, und sein Geschäft auf ansehnliche Höhe zu bringen. Wie er schon in Posen stets für das Deutschtum eingetreten ist — er war dort Vorsitzender oder Vorstandsmitglied verschiedener angesehener Vereine —, so hat er in seiner neuen Heimat die Ostbundsache tatkräftig gefördert. Seit 1924 Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Leipzig, leitet er diese jetzt als Vorsitzender mit großem Geschick. Das Bundespräsidium hat dem verdienten Landsmann herzliche Glückwünsche übersandt.

General Litzmann 80 Jahre alt.

General Litzmann, der Sieger von Brzeziny, wurde am 22. Januar 80 Jahre alt. Er ist Brandenburger, in Neuglobsow im Kreise Ruppin, das er sich auch als Alterssitz wählte, geboren. Mit der Kriegsgeschichte des Ostens ist er durch seinen siegreichen Durchbruch bei Brzeziny im November 1914, der bei den Kämpfen um Lodz das 25. Reservekorps vor der russischen Umklammerung rettete, durch seine Teilnahme an der masurischen Winterschlacht, die Eroberung Kownos und Wilnas und durch andere siegreiche Kämpfe verbunden. Im „Ost-Archiv“ wird demnächst eine eingehende Darstellung des anerkannten Heerführers und seiner Lebensgeschichte folgen. Die Universität Königsberg hat ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannt.

Generalleutnant Laube 75 Jahre alt.

Generalleutnant z. D. Laube, Berlin, Kaiserallee 81, beging am 12. Januar seinen 75. Geburtstag. Er ist in Bromberg, wo sein Vater Oberstaatsanwalt war, geboren, hat dort von 1864 bis 1873 das Gymnasium besucht. Als Präsidialmitglied des Bromberger Gymnasiastenbundes, als leitender Teilnehmer vieler Ostveranstaltungen wahrt er die lebendige Erinnerung an seine ostmärkische Heimat. Er war vor dem Kriege Inspekteur und Brigadekommandeur der Telegraphen- und Eisenbahntruppen. Im Kriege verlor er in der Marneschlacht seinen einzigen Sohn.

Konteradmiral a. D. Brüninghaus, M. d. R.,

feierte dieser Tage seinen 60. Geburtstag. Im Hinblick auf seine Tätigkeit im Entschädigungsausschuß des Reichstages und auf seine Unterstützung der Ostbestrebungen sandte ihm die Bundesleitung ein warmes Glückwunschschreiben. Der der Deutschen Volkspartei angehörige Parlamentarier erhielt auch viele andere Glückwünsche, so u. a. ein Telegramm des Reichskanzlers.

Hans Blankertz Ermordung durch die Polen.

In Nr. 1 (Seite 4) des Jahrgangs 1929 unseres „Ostland“ haben wir in einem Artikel über die letzte polnische Revolution in Polen auch die Erschießung des damaligen stellvertretenden Polizeipräsidenten Hans Blankertz durch die Polen eingehender geschildert. Von einem Freunde unseres Blattes ist uns jetzt eine Photographie des Erschossenen und seiner Frau übermittelt worden, die wir auf der ersten Seite wiedergeben. Hans Blankertz, der von Beruf Lehrer und am Niederrhein zu Hause war, wurde vom Arbeiter- und Soldatenrat in Posen, nachdem Polizeipräsident v. d. Knesebeck zum Rücktritt gezwungen worden war, mit der Leitung des Polizeipräsidiums beauftragt. Es war ihm damit einer der wichtigsten Posten übertragen worden. Er führte am 27. Dezember 1918 und in den folgenden Tagen mit dem polnischen Volksrat, Paderewski und den ihn begleitenden ausländischen Offizieren die Verhandlungen. Als die Polen ihre wilde Schießerei in den Straßen Posens begannen, organisierte Blankertz die Verteidigung des Polizeipräsidiums und des Stadtinnern gegenüber den Aufständischen und der polnischen Bürgerwehr, die dabei, wie wir in dem erwähnten Artikel berichteten, über 200 Mann verloren haben soll. Blankertz war den Polen auch deshalb verhaßt, weil er ihren Antrag abgelehnt hatte, der angeblich paritätischen, in Wirklichkeit polnischen Bürgerwehr zu gestatten, ihre Gewehre nach ihrem täglichen Wachtdienst mit nach Hause zu nehmen. Unter lächerlichen Vorwänden wurde Blankertz (dessen Frau und Kinder damals ebenfalls in Posen lebten) am 1. Januar 1919 verhaftet. Am nächsten Abend sollten ihn polnische Soldaten nach dem Kernwerk bringen. Unterwegs erschossen sie ihn hinterrücks unter dem ebenfalls falschen Vorwande, daß er ihnen habe entfliehen wollen. Sie handelten zweifellos in höherem Auftrage und ließen die Leiche einfach auf der Straße liegen. Sie sind selbstverständlich nicht bestraft worden, sondern haben im Gegenteil eine Belobigung für „gutes Verhalten“ bekommen.

Bürgermeister Baar †.

Am 17. Januar verschied der Zweite Bürgermeister von Stolp, Reinhard Baar im 55. Lebensjahre nach kurzer, schwerer Krankheit.

Der Verstorbene, ein allgemein beliebter, tüchtiger Beamter, hatte seit 1908, in welchem Jahre er als Stadtrat und Kämmerer in städtische Dienste trat, die Finanzen der Stadt zu verwalten. Im Jahre 1926 wählten ihn die Stadtverordneten in Anbetracht seiner Tüchtigkeit, ohne die Stelle auszuschreiben, zum Zweiten Bürgermeister.

Landrat Dr. Hugo Swart in Landsberg a. d. W. wurde zum Vorsitzenden des Brandenburgischen Provinziallandtages (an Stelle des verstorbenen Landrates Volkening) gewählt.

*

Verlobt: Frl. Ella Pietsch, Tochter des früheren Mühlenbesitzers in Lindenbrück bei Exin, Kr. Znin, jetzt in Lebus bei Frankfurt (Oder) und Herr Georg Schmatus in Berlin. — Frl. Hertha Scheffler, Tochter des Kaufmanns Eugen Scheffler, früher Löbau (Wpr.), jetzt in Wehlau (Ostpr.), mit dem Pfarrer Johannes Wolter, früher Löbau (Wpr.), jetzt in Kreuz a. d. Ostbahn.

Silberne Hochzeit: Kaufmann Theodor Korn und Frau Käthe, geb. Zink, am 7. 2., früher in Posen, jetzt in Glogau, Inhaber der Eisengroßhandlung Sperling & Korn; stellv. Oberbürgermeister Reichardt in Schneidemühl und Frau Agnes, geb. Hellwig, am 23. 1.

Goldene Hochzeit: Hauptlehrer i. R. Joseph Kurowski und Frau Anna, geb. Jagieski, in Witten a. d. Ruhr am 27. 1. K. war 37 Jahre Lehrer im Kreise Löbau, zuletzt Hauptlehrer in Lippinken. Er wurde als Schwerkranker von den Polen über die Grenze geschoben.

Bejahrte Ostmärker. Polizeikommissar i. R. J. Frischkorn in Güstrow i. Mecklenbg., Bützowerstr. 6, früher in Thorn und Weißwasser, am 29. 12. 29 65 J.; Frau Ida Foerster in Herne-Sodingen i. W., Fritz-Ebert-Str. 36, früher Lissa i. P., „Kaffee Hohenzollern", am 22. 1. 55 J.; Frau Maria Scholz in Gelsenkirchen, früher Posen, am 27. 1. 72 J.; Kaufmann und Reichsbankvorstand a. D. Paul Hentschel in Delmenhorst, Langestr. 106, früher Wongrowitz, am 3. 2. 75 J.

Gestorben. Frl. Hedwig Schober in Posen am 20. 12.; Frl. S. ist vielen alten Posenern als langjährige Inhaberin eines Schülerpensionates bekannt; Frau Röschen Lischmann, geb. Folda, in Tilsit, früher Wienczkowice bei Posen, am 4. 1., 66 J.; Obermusikmeister a. D. Karl Grunert in Magdeburg, Papenstr. 12, am 20. 1.; Gr. war 1909—1919 Obermusikmeister im Inf.-Reg. 140 (Hohensalza); Malermeister Reinhold Friemann in Hollwinkel, Kreis Lübbecke (Westfalen), früher in Posen, Zawady 26, am 11. 8. 29, 55 J.; Frau Distriktskommissar Maria Gloger, geb. Salzmann, in Hohenlimburg i. W., Mühlenteichstr. 17, am 5. 1.; Landschaftsoberinspektor a. D. Arthur Alias in Wiesbaden, früher Posen, am 19. 1. — In Nr. 3 muß es heißen: Frau Emma Gallwitz in Labes am 5. 1. gestorben.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Die Ostmärkische Frau" 16 Seiten.

Am 29. Dezember wurde in Prust, Kreis Schwetz, unsere liebe Mutter und Großmutter, die Witwe

Hedwig Bodin

geb. Lieke,

im Alter von 77 Jahren zur letzten Ruhe gebettet.

Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

die Söhne
Arthur und Paul Bodin.

Rudolstadt (Thür.),
Rosenow bei Lützow i. M.

Am 10. Januar 1930 entschlief nach schwerem Leiden unsere vielgeliebte Frau und Mutter, unsere einzige, teure, unvergeßliche Tochter u. Schwester

Elisabeth Lolk

geb. Trogisch

im Alter von 36¾ Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen

Halle a. S., Bärgasse 2.
(Früher Posen W. 3).

Allen ehemaligen Landsleuten, die meiner zum 70. Geburtstage in so freundlichen, lieben Worten gedachten, besten Dank. Ich war in großer Freude darüber, von allen zu erfahren, daß es ihnen gut geht.

Vohwinkel, im Januar 1930.

Hugo Schettler.

Polnische Hypotheken

Wertpapiere u. Forderungen
jeglicher Art kaufen gegen
sofortige Barzahlung

Bankhaus
Kozłowski & Rychlewski
G. m. b. H.,
Bydgoszcz, Bromberg, Gdanska 149.

Vertreter:
Gustav Conrads,
Bln.-Pankow, Amalienpark 4,
Telephon: Pankow 596.

Landwirtschaften

340 Morgen, Anzahlung 30000,
130 Morgen, Anzahlung 25000,
110 Morgen, Anzahlung 25000,
60 Morgen, Anzahlung 15000,
32 Morgen, Anzahlung 8000,
30 Morgen, Anzahlung 7000
Hausgrundstück in Wriezen. 4 Zimmer, massiv, anschl. 2½ Mrg. Land, pass. für Geflügelfarm, Preis 8000, Anz. 5000 M.
Außerdem 15 kleine Grundstücke mit und ohne Land, **Hotels und Gasthöfe** in jeder Größe und **Preislage, Grundst. mit Kolonialwaren-gesch.,** billige Anzahl., gute Existenzen!
Renommiertes Hotel in größerer Provinz-stadt, D-Zug-Verbindung, direkt am Bahnhof, 18 Fremdenzimmer, Zentralheizung, Anzahlg. 35000 M., altershalber verkäuflich, da keine Erben vorhanden.
Gasthof in einer Stadt bei Berlin, Durch-gangsstraße mit Fuhrwerkswaage, direkte Ecke, sämtl. Gebäude massiv und in bestem Zustand, Bierumsatz ca. 25 To., kann bedeutend erhöht werden, kein Mieter im Hause, Preis 60000 M., Anz. 20000 M.

Immobiliengeschäft Berg
Wriezen, Oderstraße 1, Tel. 54.
(Früher Kreis Adelnau, Prov. Posen.)

Das zur Konkursmasse der Fa. **Wilh. Zitschke** gehörige
Speditionsgeschäft
[illegible] Zugmaschinen, 100 Wagen, 18 Pferde, außer-ordentlich günstig zu verkaufen, ausreichende Stamm-Kundschaft, erfahrene Arbeiter vorhanden.
Kaufmann **Fritz Kellert, Liegnitz,**
Friedrichsplatz 10—11 :: Tel. 1010.

Zu verkaufen
i. Brandenburg, Grenz-mark und Schlesien!
Rentengüter
40 bis 80 Mg., mit Inv. und schlüsselfertigen Gebäuden. 8000 bis 14000 M. Anzahlung.
Restgüter verschiedener Größen.
Übernahme zum 1. 4. 1930. Zuzug evtl. vorher. Langfristige niedrige Resthypo-thek, meist 1 Freijahr. — Näheres durch
Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin-Halensee, Seesener Straße 30.

Verkaufe sofort mein in Hohenstein (Ostpr.) am Markt gelegenes, bestrenommiertes
Geschäftsgrundstück
der Eisenbranche mit kompl. Einrichtung das erste und größte des Ortes, in bester Lage. Neue massive Gebäude mit 2 Läden, 4 div. Wohngebäuden, selten großen und praktischen Speicherräumen. Hauptgeschäft: Alteingeführtes Eisengeschäft mit vielseit. Branchehandel, freiwerdend mit Wohngeb. am 1. Mai cr. Lagerübernahme nicht er-forderl. Existenz auch passend für 2 Herren, 1 Eisenhändler u. 1 Getreidebranchekaufm. Gutsituierte Landwirtschaft in groß. Umkr. vorhanden. Günstige Kaufbedingungen.
Ernst Brzoska, Maschinen-Handlung, **Hohenstein** (Ostpr).

Günstig zu verkaufen!
In den Kreisen Landsberg, Arnswalde, Soldin, Pyritz, **Landwirtschaften** aus erster Hand, 170, 150, 120, 100, 80, 68, 58, 45, 33, 25, 20, 18 und 12 Mg., mit Licht u. Kraft, Anz. 5000—25000 M.
175 Mg., 50 Mg. Wiese, Land am Gehöft, pr. Geb., 4 Pf., 20 Rind., Anz. 15000—20000 M.
62 Morgen, 2 Pferde, 15 Rinder, An-zahlung 15000 Mark, beide elektr. Licht.
80 Mg., 10 Min. von Bahn und Dorf, prima Gebäude, Land am Gehöft, 2 Pferde, 10 Rinder, Anzahl. 10000 M., Preis 30000 M.
50 Mg., Land am Gehöft, 10 Min. vom Dorf u. 50 Min. v. Bahn, Besitzer beider Wirtschaften, 2 Pferde, 5 Rinder, leb. Inventar fehlt etwas, kleiner Altenteil, beides prima Gebäude, Anzahlung 6000 Mark, Preis 18000 Mark.
Villa am Bahnhof, 10 Zimmer, 20 Morgen Weizboden und 9 Mg. See am Gehöft, 2 Pferde, 3 Rind., elektr. Licht, Stall u. Scheune, Anzahlung 10000 Mark, Preis 28000 Mark.
Villa, 7 Zimmer, 12 Mg., 2 Küchen, Stallung und Scheune, elektr. Licht, 1½ Mg. Wiese, an Wald und Seen, Anz. 8000 M., Pr. 16000 M.
Landleute, günstige Angebote zum Sommer vorher anmelden.
M. Bergemann, Berlinchen Nm.,
Kreis Soldin Oderstraße 12

Achtung! Bauunternehmer, Maurermeister.
Verkaufe oder verpachte sofort meine
Zementwaren-u. Baumaterialienhandl.
unter günstigen Bedingungen, in gr. Ort der Neumark gelegen, groß. Kieslager, 10 Mg. Land, gute Gebäude, Bahnstation. Be-sonders günstig für Bauunter-nehmer, da durch Verzug u. Tod gute Existenzmöglichkeit. Ang. umgeh. unt. 4468 an das Ostland.

Optiker Stephan
Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Moritzplatz 4273
Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung

Reparaturen sofort
Eig. Werkstatt im Hause
Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Gute Existenz
in gut besuchtem Bade-ort. Bollwerk (Lösch- u. Lagergebühren nach Tarif) am Zwischen-wasser, 5 Min. von der Ostsee, a. verkehrsreicher Straße gelegen, 2 Mrg. Grundfläche, mit neu ausgebauten Wohn- u. Restaurationsräumen, auch passend für Materialienhandlung und Bootsbauer sowie für jeden Fabrikbetrieb, wird verk. od. verpacht. Auch Baustellen, herr-lich an Wald und See gelegen, sind verkäufl. Schriftl. Anfragen an
Artur Pyszka,
Neptun-Drogerie,
Berlin NO 55,
Chodowieckistr. 35.

Beschlagnahmefreie
6-Zimmer-Wohnung
mit allem Zubehör und Zentralheiz., in schönster Lage, ab 1. April 1930 in Grünberg in Schles. zu vermieten. Offerten unter **4450** an das Ost-land erbeten.

Laden
mit 5-Zimmer-Wohng., beste Lage, für jedes Geschäft passend, zu ver-pachten.
Korthals,
Strelitz-Alt.

Sehr rentable
Baustoff-Fabrik
in bester Lage Nord-deutschlands f. 45000 M. zu verkaufen. Erfordl. 15000 M. Anzahlung und 10000 M. Betriebs-kapital. Fachkenntnisse nicht erforderlich. Näh. unter **4452** an das Ostland erbeten.

Bäckerei-grundstück
mit Kolonialwaren, Post im Hause, todes-fallshalb. sofort zu ver-kaufen, groß. Kirchdorf, nahe Chaussee u. Bahn, massiv, elektr. Licht, 1 Morgen Gartenland am Hause. Auf Wunsch auch mehr Land und Wiese. Anzahlg. 6000 bis 7000 M., Rest feste Hypotheken. Jährliche Mietseinnahme 600 M. **Auskunft P. Wodricker, Gr. Stürlack,** Kr. Lötzen.

Gute Existenz für Goldschmied.
Einzig. Reparaturwerk-statt für Gold- und Silberwaren im Kreise (auch Verkaufsgeschäft dabei) infolge Todes meines Mannes sofort zu verkaufen oder zu verpachten.
Frau Rosenfeld,
Goldberg, Schlesien.

Sofort zu verkaufen und zu übernehmen ein ungefähr 200 Mg. groß.
Gut
mit etwa 20 Mg. Wiese, unmittelbar an Stadt mit höheren Schulen, Gebäude in gut. Bau-zustande, elektr. Licht und Kraft. Möglichkeit der Tonausbeute. Näh. Auskunft erteilt der **Tillendorfer Spar- und Darlehnskassenverein in Tillendorf,** Kreis Bunzlau.

Gute
Existenz
bietet sich zu günstigsten Bedingungen durch Übernahme der Fabri-kation eines konkurrenz-losen Konsumartikels. Erforderliches Kapital einschließl. Inventars u. Warenbestandes 2000 bis 3000 Mark. Nähere Einzelheiten unter Chiffre **4453** an das Ostland erbeten.

Landwirtschaft
144 Morgen, im Kreise Glogau, 7 Morg. Wiese, 12 Morg. Wald, Acker teils klee- und rüben-fähig, 4 Pferde, 16 Stück Rindvieh, 18 Schweine, totes Invent. kompl., Licht und Kraft, Ge-bäude massiv, Hypo-theken zu 5%. Preis [illegible] 16000—20000 M. An-fragen unter **4448** an das Ostland erbeten.

Transportable
Küchenherde
vom kleinsten bis zum größten Hotelherd. 75% Brennstoffersparnis. Eine Zierde für jede Küche, direkt ab Fabrik. (Druckschrift kostenlos).
H. Macke, Liebenthal,
Bez. Liegnitz.

Pr. Klass.-Lotterie
Lose 5. Kl.
Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme
Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensalza).



Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer **Schuldbuchforderungen** und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle

des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt **alle** Versicherungen zu günstigsten Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinpl. 8031.

OSTMÄRKER! tretet unserer Ostbund-Sterbekasse bei. Näh. durch die Bundesleitg.

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender"** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums vom Baltikum bis Siebenbürgen; er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete. Er enthält künstlerisch hochwertige, zum Teil farbige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Bln.-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1930"

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Bezahlung erfolgt:

1. durch Nachnahme. 2. durch Postanweisung. 3. durch Postscheck.

(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Poststation: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Bis 15. Januar 1930 eingegangene Spenden für die ev. Kirche in Grätz

Lehrer **Reinhold Neumann**, Berlin	M. 5,—
Kaufmann **Reiß**, Liegnitz	„ 10,—
Oberpostsekretär **Minkley**, Sorau	„ 6,—
Kaufmann **Kaderich**, Kiel	„ 20,—
Bürgermeister a. D. **Howe**, Bad Salzelmen	„ 10,—
Rechtsanwalt Dr. **Hanns**, Merseburg	„ 10,—
Geschäftsführer **Emig**	„ 10,—
Gutsbesitzer **Alfred Vogt**, Julienfelde	„ 10,—
Kaufmann **Hermann Kroenke**, Frankfurt a. Oder	„ 10,—
Frau Amtsgerichtsrat **Steulmann**, Breslau	„ 10,—
Landgerichtsrat **Behnisch**, Frankfurt/O.	„ 3,—
Baumeister **Dolszius**, Breslau	„ 5,—
Verw. Frau **Rentel**, Sagan	„ 10,—
Telegr.-Obersekretär **Radloff**, Ludwigslust	„ 2,—
Frau **Anna Blaesing**, Sommerfeld	„ 2,—
zusammen	M. 123,—

Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse
eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht
Frankfurt a. O., Hohenzollernstr. 5 p.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.